

# VEREINS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder,  
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Die gewerbliche Bleivergiftung.

Auf dem internationalen Kongress für Hygiene und Demographie zu Berlin wurde in der Sektion IV, die sich mit den Gesundheitsverhältnissen der Arbeiter beschäftigte, auch über „Die gewerbliche Bleivergiftung“ referiert. Erster Redner war Dr. Ludwig Telesky-Wien, welcher über „Die Bleivergiftung in Oesterreich“ sprach. Dem sehr interessanten Referate entnehmen wir, daß nach der Statistik der Krankentassen die Bleivergiftung sich häufig bei Buchdruckern und Schriftsetzern, bei Anstreichern, Lackierern und Malern auf Bauten, in Werkstätten und Fabriken sowie bei Arbeitern der Metallindustrie einstellte. Die Statistik sei jedoch mangelhaft und gebe kein genaues Bild der Größe dieser Gefahr. Vor allen Dingen müsse eine Verbesserung der „Vorschriften zur Verhütung der gewerblichen Bleivergiftung“ stattfinden, unter der Arbeiterschutzvorschrift: „Gesetze für das ganze Reich unter gleichzeitiger Mitwirkung der lokalen Behörden geschaffen werden. Durch das Lebensmittelgesetz und die auf ihm beruhenden Erlasse, die bekanntlich auch in Oesterreich eine Rolle spielen und auch — wenig beachtet werden, sei ein indirekter Arbeiterschutz anzustreben.

Unter den notwendigen im Vorschlag gebrachten Maßnahmen sieht der Referent: 1. Notwendigkeit der Regelung jedes einzelnen Industriezweiges, in dem Blei oder Bleiverbindungen zur Verarbeitung gelangen, durch besondere der Eigenart der gewerblichen Verfertigung angepasste Vorschriften. In „Vorberathung“ seien bereits Verordnungen über die „Blei-, Zink-, Bleiweiß- und Bleigehaltfabriken, die Anstreicher- und Malerbetriebe“. Bleiweißverbot sei die Lösung! Für alle Bleibetriebe müsse die Anzeigepflicht eingeführt werden, doch sei auch die Wirkung derselben nicht zu überschätzen. Besser wäre es, wenn die betreffende Arbeiterchaft regelmäßig ärztlich untersucht würde. Daraus ergeben sich aber auch Schwierigkeiten, wie die Frühdiagnose der Bleivergiftung, ferner die Unmöglichkeit, einen praktizierenden Arzt von Unternehmern und Arbeitern (!! b. Red.) unabhängig zu machen. Daß viele Ärzte von den Unternehmern abhängig sind, als Fabrikärzte auch wenig Vertrauen der Arbeiter genießen, ist klar. Wie aber von einer Abhängigkeit der Ärzte von den Arbeitern gesprochen werden kann, ist uns unverständlich.

Es ergebe sich daher die Notwendigkeit, die Untersuchung der Arbeiter und Überwachung der Betriebe ärztlichen Gewerbeinspektoren zu übertragen, die darin von anderen von der Privatpraxis losgelassenen Gesundheitsbeamten zu unterstützen seien. Gut. Wir sind aber auch in Deutschland noch sehr weit von dieser Frage entfernt. Vorläufig werden noch häufig — Offiziere zu Gewerbeinspektoren ernannt und unklare „Gesundheitsbeamten“ sind die Herren Kreisärzte, zu denen die Arbeiterchaft bekanntlich auch wenig Vertrauen hat. Noch mehr gefällt uns die letzte Forderung dieses Arztes: „Mitwirkung der Krankentassen und Arbeiterorganisationen“, die ja von unseren deutschen Ärzten gar so selten erhoben wird.

Die Krankentassen sollen eine genaue Statistik der Bleifälle führen und veröffentlichten. Das ist sehr wichtig! Ferner sollten sie mit den Behörden zusammen arbeiten, damit auf die „Unternehmer und Arbeiter“ eingewirkt werden kann! Auch gut. Doch wird der Erfolg nicht dieser sein, den wir uns von der weiteren Forderung des Referenten: „Mitarbeit der Arbeiterorganisationen“ versprechen. Die Organisationen sollen die Arbeiter über die Bleigefahr belehren — ferner: „gewerbehygienische Forderungen in Lohnkämpfen und bei Tarifverträgen“ stellen. Sehr gut! Ob aber unsere deutschen Ärzte in diesen Lohnkämpfen auf der Seite der Arbeiter stehen werden, ist die Frage!

Ebenfalls sehr interessant war das Referat der Franzosen E. Mosny, Ch. Laubry-Paris gewesen. Diese Referenten erklärten auch, daß „die Prophylaxe der gewerblichen Bleivergiftung — die genaue Kenntnis der wirklichen Gefahren dieser Vergiftung bedingt“, deshalb sei eine genaue Statistik nötig. Das Fehlen einer wirksamen Krankenversicherung in Frankreich macht sich auch hier bemerkbar. Gegenwärtig länden aber zwei Projekte zur Prüfung, welche die Sicherstellung einer ernstlichen Prophylaxe erstreben. Das erste Projekt habe aber den Mangel, daß es zu „allgemein gehalten“ sei; „alle Gewerbe, bei welchen Blei in irgend einer Weise verwendet wird“ und „keiner Kontrolle zu unterliegen“.

Der zweite Entwurf Breton, „dessen Annahme einen wirklichen Fortschritt darstellen würde“, liegt dem Senat vor — aber die diesbezügliche Abstimmung im Senat läßt jetzt schon auf eine Anzahl von Abänderungen schließen, durch

welche die Tragweite des Gesetzes eingeschränkt wird“. Ganz wie bei uns! Die Kapitalvertreter schneiden sich nicht gerne in das eigene Fleisch!

Zu diesem Entwurfe wurde der Schutz der Bleiweißarbeiter, Maler und Dekorateur verlangt.

Die Referenten schlagen deshalb, „um hier helfend einzutreten“, vor, 1. Obligatorische Meldung sämtlicher Fälle von gewerblicher Bleivergiftung seitens des behandelnden Arztes, ähnlich den Infektionskrankheiten.

2. Sanitätsvorschriften für jeden Industriezweig, in welchem Blei oder bleihaltige Materialien verwendet werden. Diese Vorschriften sollen jedoch gemeinsam von Hygienikern, Technikern, Arbeitgeber und Arbeitnehmern aufgestellt werden. Diese Regeln sollen der Reihe nach den Arbeitgeber, den Arbeitnehmer und das giftige Material ins Auge fassen“. Sollten sich auch dann diese Vorschriften als unwirksam erweisen, so sollte „die Verwendung der gefährlichen Stoffe“ verboten werden, wenn unschädliche Materialien „gleichen wirtschaftlichen und technischen Wertes als Ersatz vorhanden sind. Dann soll die medizinische und technische Kontrolle der gemeldeten Fälle eingeführt werden, ein Sanitätsregister geführt und die „Klassifizierung der Bleivergiftung als „Arbeitsunfall“ eingeführt werden!

Wie lange wird dieses schon in Deutschland verlangt? In 99 Prozent aller Bleivergiftungsfälle wird eben kaltblütig nur eine „Verursachung“ angenommen, der Betriebsunfall verneint! Statt Unfallrente muß sich der Gesahmte mit der Invalidenrente von 14—16 % pro Monat begnügen!

Nun kam der Deutsche an die Reihe. Geh. Regierungsrat Dr. Wuhdorz, Direktor im Kaiserlichen Gesundheitsamte zu Berlin, war der Titel des Referenten, der eingangs seiner Rede betonte, daß unter allen gewerblichen Vergiftungen von jeder die Bleivergiftung wegen ihrer verderblichen Einflüsse auf den Organismus und wegen ihrer großen Verbreitung eine hervorragende Stelle eingenommen habe. Sie zeige sich überall, wo bei der Arbeit eine Berührung mit metallischem Blei oder Bleiverbindungen stattfindet. Bei der Mannigfaltigkeit der Verwendung, schnellen Fortschritten der Technik sei es unmöglich, eine genaue Aufstellung der gefährlichen Gewerbe zu geben. Es sei aber auch zu beachten, daß es „ungehörige Betriebsverfahren“ sowie auch „tabelnswerte Gewohnheiten der Arbeiter“ gäbe. In den menschlichen Organismus gelange das Blei entweder vom Mund aus durch Vermittlung der damit beschmutzten Hände, Barthaare und Kleider beim Essen, Trinken oder beim Rauchen, Schnupfen, Rauchen von Tabak oder von den Luftwegen aus durch die Einatmung von bleihaltigem Staub. Nach Ansicht mancher Sachverständiger könne auch die Aufnahme unmittelbar durch die äußere Haut erfolgen. Diese Gefahr sei längst erkannt und „eifrig haben sich Arbeitgeber, Behörden und Staatsregierungen“ an der Bekämpfung beteiligt! Man sieht, ohne Aufschneidererei geht es nun einmal nicht ab! Dieser „Eifer“! Wer hat denn die seither erlassenen Vorschriften für Buchdruckereien, Schriftsetzereien vom Jahre 1897, für Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei vom Jahre 1898, für Zinkhütte vom Jahre 1900, für Bleihütten vom Jahre 1906, für Maler-, Anstreicher- und Weißbinderbetriebe vom Jahre 1906 immer und immer wieder gefordert? Doch nur die Arbeiter selbst. Und wie werden diese Vorschriften beachtet und durchgeführt?

Die ganze Rede war nur ein Loblied auf die vielen Schutzmaßnahmen, die in Lüftung und Reinigung der Betriebe, Beseitigung von Staub, Gasen und Dämpfen, Gewährung von Arbeitsanzügen, Mundschülern, Handschuhen, Wasch- und Ankleideräumen, Speiseräumen, warmen Bädern etc. bestehen. Daß das Maler- und Anstreichergerwerbe wenig von diesen Schutzvorschriften verspürt, hätte der Herr Geheimrat auch sagen können. Doch unser Gewerbe sei nur durch die Belehrung der Arbeiter hauptsächlich zu schützen. Das „Blei-Merkblatt“, welches ja vom Kaiserlichen Gesundheitsamte zur Belehrung der Maler, Tüncher, Weißbinder und Lackierarbeiter herausgegeben sei, wurde lebhaft hervorgehoben. Ja diese „Merkblätter“! Mit den „Merkblättern“: „Bitte nicht auf den Boden zu spucken!“ bekämpft man ja in Deutschland zur Zeit des Hungertarifes so „wirksam“ die Unberücksichtigung! Sogar die Gewerbe-Ordnung hält der Herr Geh. Regierungsrat für schutzbringend, weil ja in den §§ 120 a bis e die „Handhabe“ gegeben sei Schutzmaßnahmen gegen die Bleigefahr zu bringen! Hoffentlich haben dies ihm die ausländischen Delegierten geglaubt! Polizeibehörden und Gewerbeinspektoren wachten ängstlich über die Ausführung der vielen, den deutschen Behörden zu Gebote stehenden Schutzmaßnahmen. — Wie letztere in unserem Gewerbe durchgeführt und eingehalten werden, darüber wer-

den wir nächsten auf Grund der von unserem Vorstand erhobenen Statistik noch ausführlicher zurückkommen.

Dies Vaterland kannst ruhig sein! Hurra, hurra, hurra! Besser hat uns schon das letzte Referat des Ungarn Dr. Lóth gefallen! Er trat nicht als bezahlter Ruhmesprediger seines Vaterlandes auf und erklärte frisch und frei: „Im öffentlichen Leben kann allgemein die traurige Erfahrung gemacht werden, daß einerseits die Arbeiter aus Unwissenheit und Gleichgültigkeit, andererseits die Fabrikanten aus egoistischer Sparsamkeit etc. die gegen die Bleigefahr empfohlenen Schutzmaßnahmen nicht einhalten.“ Man sei auch von dem Glauben besungen, daß die Beschäftigung mit Blei ohne Bleikolik oder ähnliche Krankheiten nicht betrieben werden könnte. Auch die Wirkung des Bleies sei erkannt worden, da die versuchende Wirkung des Bleies sich nicht nur in Bleikolik und Bleilähmung äußert, sondern einen bedeutend größeren Schaden verursacht, nachdem bei dem Arbeiter eine chronische Bleivergiftung, Bleitachetie eintritt, welche den Organismus derartig untergräbt, daß der vom Blei geschwächte Arbeiter zu allen anderen vorkommenden Krankheiten incliniert, viel kränkelte“. „Der geschwächte Organismus des Arbeiters fällt irgend einem anderen, inzwischener aufgetretenem Leiden zum Opfer.“ Redner erklärt dies an dem niedrigen Lebensalter der einzelnen Arbeiter, die an Lungenleiden, Herz- und Nierenleiden frühzeitig ins Grab sinken.

Zur Verhinderung der Bleigefahr empfiehlt der Referent strengste Durchführung der Vorschriften, Anzeigepflicht des einzelnen Bleivergiftungsfalles, Bestrafung der Unterlassung, Bekanntmachung der Vorschriften in Fabriken, Werkstätten und Belehrung der Arbeiter über die Bleigefahr. „Die Erzeugung von vergiftenden Bleiprodukten durch nicht giftige oder weniger gefährliche Erzeugnisse muß durch ein Gesetz geregelt werden.“

Blei vergiftet nur dann, wenn es in den Magen gerät. Deshalb genügend Ventilation, damit weder Blei noch Bleiprodukte in der Luft noch am Erdboden vorhanden sind. Die Arbeitszeit muß da verkürzt werden.“ Der Arbeiter soll in Bleibetrieben „nur 4 bis 6 Stunden arbeiten und nach der Arbeit seinen Körper, seine Hände, Lippen, Mund von Blei gründlich reinigen.“ Es soll verboten werden, daß Arbeiter in der mit Bleistaub oder Dämpfen geschwängerten Luft der Arbeitsräume essen oder ihre Speisen aufbewahren. „Der Arbeiter soll in möglichst guten hygienischen Verhältnissen leben, richtige und entsprechende Ernährung, gesunde Wohnung, gesunde Werkstätten, gutes Trinkwasser, Waschlagelegenheit etc. haben.“ Ein Ungar mußte uns das erst sagen!

Der offizielle Lobredner der deutschen Reichsregierung schwieg dazu.

Und wie nötig wäre eine Bestätigung dieser Forderung von deutscher Seite gewesen! So lange aber noch preussische Geheimräte zu Referenten über solche Fragen verwendet werden, können die Fabrikanten ruhig schlafen!

## Kollegen, bengt vor!

Für den größten Teil unserer Berufskollegen beginnt wieder die Zeit der Arbeitslosigkeit. Not und Elend, die steten Begleiter dieser furchtbaren Geißel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, treten in der jetzigen stillen Zeit bedeutend schärfer hervor als zur Zeit der Arbeitslosigkeit in den Monaten günstigerer Geschäftskonjunktur. Tausenden von Kollegen wird es wieder zur Gewissheit werden, wie unzureichend, wie höchst mangelhaft es mit unserer wirtschaftlich-sozialen Lage bestellt ist angesichts der Tatsache, daß jahraus jahrein Wochen und Monate lang keine Gelegenheit gegeben ist, in unserem Gewerbe Brot zu verdienen. Wie berechtigt und überaus dringend notwendig ist da das Streben unseres Verbandes auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse? Sind auch gute Fortschritte seit Bestehen des Verbandes nach dieser Richtung hin bereits gemacht worden, so zeigt der Umfang und die Dauer der Arbeitslosigkeit, wie viel auf diesem Gebiete noch geleistet werden muß, um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen. Die Hauptschuld an den mitleiden Zuständen im Lohnverhältnis tragen jene Kollegen, die dem Ruf zum Anschluß an die Organisation, zum gemeinsamen Streben und Handeln noch nicht gefolgt sind, oder dem Verbands wieder untreu wurden. Müßig würden weit bessere Verhältnisse zu verzeichnen sein, wenn die Arbeiter ihre Klassenlage begriffen hätten und darnach handelten. Die Zeit der Wintermonate muß darum in vollem Maße zur Aufklärung und Belehrung der Fernstehenden, zur Aufmunte-

zung und Treubleiben der Neueingetretenen ausgenutzt werden! Denn, sind die Handwerksmeister im Vergleich zu ihren Herren „Kollegen“ der Großindustrie auch nur arme Häscherlein, in der Befämpfung der organisierten Arbeiter, sobald diese mit Forderungen herantreten, sind sie gleich brutal und rücksichtslos, wie die notorischen Scharfmacher. Nur die Stärke der Organisation und die Schulung der Mitglieder bieten Gewähr auf Erfolg.

Durch den Hinweis auf nackte Tatsachen, wie es die Unternehmer verstehen, vermöge ihrer guten Organisation ihre Interessen wahrzunehmen, kann den Arbeitern hinreichend Material zur Erkenntnis der heutigen vielgepriesenen Gesellschaftsordnung vorgeführt werden. Ganz

besonders geben die Geschäftsergebnisse industrieller Gesellschaften Kunde von der Segensfülle der guten Konjunktur für die Aktionäre. Wie wir aus einem Artikel des „Vorwärts“ entnehmen, haben die Aktionäre für das Jahr 1906/07 aus der produktiven Arbeit noch märchenhaftere Gewinne herausgeholt wie im Jahre 1905. Daß die Dividendenjäger eine wirklich sehr gute Konjunktur hatten, daß sie Nieberrmögen erwerben, die andere erarbeitet haben, für die Tausende andere Gesundheit, Mut und Leben opferien, die bei Ueberzeitarbeit auf Lebensgenuß und Familienleben verzichten mußten, dafür zeugen folgende Angaben aus den Geschäftsberichten einiger großindustrieller Unternehmen. Danach betrug bei der

Gesellschaft	im Geschäftsjahr	das Aktienkapital M.	die Zahl der Arbeiter	der Reingewinn überhaupt M.	Prozent pro Arbeiter bez Akt.-Dapt.
Schalker Gruben . . . . .	1906	10 200 000	7 091	4 873 642	43
Nachener Hütten . . . . .	1906	11 500 000	7 045	3 675 859	32
Nordstern . . . . .	1906	20 000 000	9 856	5 771 957	18½
Rombacher Hütte . . . . .	1906/07	33 000 000	6 717	4 821 575	14½
Essener Bergwerke . . . . .	1906	8 500 000	3 036	2 129 285	25
Rheinische Stahlwerke . . . . .	1906/07	30 000 000	9 335	4 777 417	16
Almeich Friede . . . . .	1906/07	20 500 000	4 205	6 270 121	30½
Hoersch W.-G. . . . .	1906/07	15 000 000	8 252	4 480 690	30
Hörder Verein . . . . .	1905/06	27 028 000	7 961	5 060 437	18½
Konsolidation . . . . .	1906	16 000 000	5 628	5 157 272	32
Wöhniq . . . . .	1906/07	100 000 000	30 944	17 903 039	18
Zusammen		291 728 000	100 070	64 420 794	22
					644

Es haben also 100 070 Arbeiter 64 420 794 Mark Reingewinn für die Aktionäre erarbeitet, jeder Arbeiter im Durchschnitt 644 Mark — in einem einzigen Jahre!

Allerdings werden die gesamten Summen nicht sofort an Dividende, Lantien und Gratifikationen — verteilt. Die Unternehmer legen von dem überreichen Segen etwas für schlechtere Zeiten zurück, viele Millionen verschwinden als Reservefonds. Das sind die Sparbüchsen der Dividendenschlucker. Wenn der Schrecken der Krise über die Arbeiter hereinbricht, dann können die Papierinhaber aus diesen Fonds zehren. Tausende von denen jedoch, die solche Reichtümer erarbeiten helfen, irren dann hungrig, frierend, an allem Mangel leidend, auf der Landstraße umher. Die Wertescheiter fliegen hinaus, sie werden entlassen, wenn die Arbeit nachläßt; der Spartopf ist nur für die Papierbesitzer.

So sorgen die Unternehmer für sich. Sie können in aller Ruhe der Krise entgegensehen, sie haben gut geerntet und ihre Sparbüchsen sind gefüllt.

Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Sobald die lebhaftere Nachfrage am Arbeitsmarkt abflaut, geht es mit dem Einkommen auch sofort kräftig bergab.

Die Wohnungsmieten sind tüchtig gesteigert worden, die Lebensmittelpreise haben einen beängstigend hohen Grad erreicht, Fleisch, Brot, Butter, Milch, alles ist enorm verteuert worden, und in einzelnen Artikeln hält die Preissteigerung immer noch an. Das für die Ernährung unentbehrliche Getreide wird aller Voraussicht nach im nächsten Winter mit Hungersnotpreisen bezahlt werden müssen. Die Brennmaterialien sind so teuer geworden, daß für manchen Proletarier das Einheizen zum unerträglichsten Luxus geworden sein dürfte. Dafür wählen die Grubenkönige im Golde, sie heimlich unermeßliche Reichtümer ein. Als Beigabe zu der drückenden Verteuerung der Lebenshaltung droht den Proletariern nun auch noch ein scharfes, schneidendes Anziehen der Steuerschraube. Der letzte Pfennig muß versteuert werden.

Und dazu, als wichtigster Schlag für die Arbeiter, steht ein Nachlassen der Arbeitsgelegenheit in sicherer Aussicht. Ueberall droht das gefährliche, schreckliche, Verarmung und Verelendung ankündigende Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Einkommensverminderung.

Das deutsche Volk hat es bei der letzten Wahl verabsäumt, der Regierung und den herrschenden Parteien für ihre Brot- und Fleischwucherpolitik, für die gesamte Wirtschaftspolitik, die trotz der guten Konjunktur bei den Arbeitern Schmalhaus Rückenmeister sein ließ, und für die Attentate auf die Volksrechte, die einzig gebührende und

notwendige Antwort zu geben. Das hat den Uebermut der Scharfmacher erklärlicherweise gestärkt: sie wollen keine Fortführung der Sozialpolitik, sie wollen keine Verkürzung der elf- und zwölfstündigen Arbeitszeiten; sie wollen keine Fürsorge für Arbeitslose, sie wollen keinen Fortschritt, sie befehlen Rückschritt! Was heute an sozialpolitischen Einrichtungen vorhanden ist, soll zuungunsten der Arbeiter verschlechtert werden.

Wer diese Zeichen der Zeit nicht versteht, muß mit Blindheit geschlagen sein. Deshalb Kollegen, verstärkt unsere Reihen, rüstet, beugt vor!

### Kapitalismus und Volksgeundheit.

I.

Auf dem vor kurzem in Berlin abgehaltenen internationalen Kongreß für Gesundheitspflege sprach der Vorsitzende das Wort aus: „Die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes soll unser höchstes Gesetz sein!“ Dieser Grundsatz klingt sehr schön, leider aber legt die moderne kapitalistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung seiner Durchführung hartnäckigen Widerstand entgegen. Dies haben die Verhandlungen des Kongresses deutlich gezeigt und wir wollen es an einigen der behandelten Themen beweisen.

Ein sehr interessanter Vortrag war der des Berliner Professors Rubner über die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Armenkost. Der Redner versteht unter Armenkost eine solche Kost, die aus Mangel an Existenzmitteln aus minderwertigen Stoffen, besonders aus wenig nahrhaften Pflanzenstoffen zusammengesetzt wird und deshalb zur Erhaltung eines normalen Körpergewichtes und zur Erzeugung einer normalen Körperkraft nicht ausreicht. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen einer solchen Armenkost sind in erster Linie in der Herabsetzung des Ernährungszustandes der davon Betroffenen. Daraus folgt die Verminderung der Arbeitskraft dieser Klassen, ihre geringere Verwendbarkeit im wirtschaftlichen Leben, die hohe Krankheits- und Sterblichkeitsziffer, die starke Spannungs- und Entlastung der Krankenkassen, die Mehrung der Unfälle und Verletzungen, das körperliche Zurückbleiben der Kinder und endlich die Gefahr dieser Klasse als ein Nährboden bei ausbrechenden Seuchen. Ferner ist auch noch die Minderwirkung der mangelhaften Ernährung auf den Gemütszustand von Bedeutung. Nach der Meinung des Redners ist diese ungenügende Ernährung weite Volkskreise nicht nur eine Folge ungenügenden Einkommens und hoher Lebensmittelpreise, sondern auch die mangelhafte Haushaltungskunst der Frauen und der Alkoholenuß der Männer trägt mit dazu bei.

Willen mitunter auch gegen die Meinung der Majorität durchzuführen. Was immer die Organisation unternimmt, immer vergessen solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht brave Menschen, daß nie eine Handlung zugleich allein recht ist und daß ein organisatorisches Gebilde eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation als der Erkenntnisverweiterung dienlich und den Gesamtinteressen nützlich anerkennen muß, so darf doch nie vergessen werden, daß jede soziale Institution in dem Momente aufhören müßte, als jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb verweigert, weil er seine Person und seine Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet.

Zu keiner Zeit kann das „Ich tret' aus!“, diese Deute der Selbsterlösung, so verhängnisvoll werden, als wo wir ihm am häufigsten begegnen — nach einem ausfischlos oder mit nicht allseitig befriedigenden Ergebnissen beendeten Lohnkampf. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schar der Schwachmütigen und Verzweifelten, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen und der einzelne, der in solchen Situationen keinen Kollegen das resignierte, von stummer Unterwerfung zeugende „Ich tret' aus!“ zuruft, kann hier in der Tat zuweilen recht arge Unheil anrichten. Die ganze Höhe des Lohnarbeiters entspricht bekanntlich nur allzusehr des hangenden Zweifels und der verzagenden Hoffnungslosigkeit, die nur durch eine gründliche prinzipielle Schulung in der Organisation besiegt werden können. In dieser Aufgabe wirkt nichts störender und für nichts ist der nicht- oder halbgebildete Arbeiter empfänglicher, als für das jede Zukunft selte preisgebende: „Ich tret' aus!“ Gelingt irgend eine Aktion der Gewerkschaft nicht so, wie man sie erwartet hatte, blieb eine Intervention verfehlen bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Trampf, das Zustimmt, das man der Organisation entgegenknebelt: „Ich tret' aus!“ Oft genug vermag ein einzelner, der so redet, eine erhebliche Anzahl zu seiner pessimistischen Welt- und Lebensauffassung zu bekehren, und in Zeiten einer erlittenen Niederlage im Kampfe wird dieser zersetzende Wahlspruch wie eine Pest. Eine Pest im moralischen Sinne ist es in der Tat, wenn

Professor Rubner forderte am Schlusse seines Vortrages die Errichtung einer Zentralstelle, einer amtlichen Nahrungskommission, die die Volksernährung zu studieren hat. Dieser Vorschlag ist offenbar sehr gut gemeint und seine Ausführung würde gewiß segensreich wirken. Doch ist gar nicht daran zu denken, daß der kapitalistische Klassenstaat diese Sache energisch in die Hand nehmen wird. Das Nahrungsamt würde auch zu viel Arbeit bekommen und zu unwillkommenen Resultaten gelangen.

Die Kommission würde offenbar die ganz interessante Feststellung machen müssen, die übergroße Mehrzahl der deutschen Arbeiter mit ihren Familien jagen. Armenkost genügen muß, d. h. daß sie an fortgesetzter Unterernährung leidet. Es würde auch festgestellt werden, daß dieser mangelhafte Ernährungszustand eine Folge der Ausbeutungskunst des Unternehmertums einerseits und der Zollwucherpolitik des Agrarierturns andererseits ist. Eine solche Feststellung würde sicherlich den maßgebenden Kreisen nicht gerade angenehm sein. Diese Kreise sind nämlich der Meinung, daß die Arbeiter ein wahres Herrenleben führen und soziales im Felde schwämmen. Selbst der deutsche Kaiser hat einmal seine Freude darüber ausgedrückt, daß der deutsche Arbeiter eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein habe und er soll sogar die Aeußerung getan haben, man müsse den Arbeitern die volle Kompottschüssel wegnehmen.

Sollte das von Professor Rubner geforderte Nahrungsamt ins Leben treten, so würde diese Schönfärberei einen argen Stoß bekommen, denn dann würde sich mit erschreckender Deutlichkeit ergeben, daß die Existenz der deutschen Arbeiter weder gut noch auskömmlich ist. Auskömmlich ist sie deshalb nicht, weil sich der Arbeiter nicht in der Lage befindet, sich und seiner Familie ausreichende Nahrung zu verschaffen; gut ist sie deshalb nicht, weil er sich mit qualitativ minderwertiger Nahrung begnügen muß.

Das ist allgemein bekannt und es bedarf eigentlich gar keiner statistischen Unterlage, um dies zu beweisen. Und wenn man noch die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse hinzunimmt, so vervollständigt sich nur das Bild von dem elenden Leben der großen Masse des Volkes. Daß dieser Zustand, abgesehen von geistigen und moralischen Schädigungen, vor allen Dingen auch eine schwere Gefahr für die Volksgeundheit bildet, ist klar. Es ist deshalb die heiligste Pflicht der Gesellschaft, im Interesse der Volksgesundheit vorbeugende Maßregeln zu treffen. Es müssen Lebensbedingungen geschaffen werden, die eine Gesundheit des ganzen Volkes ermöglichen. Denn wenn erst der tödliche Keim den menschlichen Körper ergriffen hat, oder wenn gar eine Seuche ausgebrochen ist, dann ist es vielfach zu spät und die besten Heilmittel bleiben wirkungslos.

Leider ist es das traurige Vorrecht der unteren Volksschichten, die ersten und sichersten Opfer einer Massenkrankung zu werden. Mangelhafte Ernährung, schlechte Körperpflege, ungesunde, schlechtgeheizte, enge Wohnungen und die Unkenntnis der krankheitsregenden Ursachen begünstigen natürlich die Entstehung und Verbreitung ansteckender Krankheiten. Mit der Dichtigkeit der Bevölkerung, mit der Ueberfüllung und Unsauberkeit der Wohnungen wächst die Ansteckbarkeit; in diese engen Wohnungen bringt kein Sonnenstrahl, sie sind feucht und kalt und unfreundlich und in ihnen leben und schlafen Leute, die tagsüber in ungesunden Betrieben gearbeitet haben und überdies noch schlecht ernährt sind. Daher muß die Parole lauten: Gesundheitsgemäße Ernährung, gesunde Wohnungen, gesundheitliche Einrichtungen in den Arbeitsbetrieben, Gesundheitspflege in Schule und Haus.

In Bezug auf den letzten Punkt ist ein Vortrag des Professors Lassar in Berlin von Interesse. Der Redner begründet vor allem die mehr und mehr aufkommenden Naturbäder und forderte Schulbäder in allen Schulanstalten, nicht nur in Volksschulen, sondern auch in höheren Lehranstalten und in den Seminarien. Das Dorfbad müsse zu einer allgemeinen Institution erhoben werden, ebenso die Soldatenbäder. Jede Fabrik müsse ihr Arbeiterbad haben. Die Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten sollten ihren Angehörigen auf eigene Initiative Bäder verschaffen. Keine Wohnung sollte ohne ausreichende Bäder

ein solches Schlagwort der Verzweiflung und Denkartigkeit geprägt und unter den Arbeitsgenossen in Umlauf gesetzt wird

Von einem kleinen boshaften Jungen, der sich im Winter die Finger erfroren hatte, wird erzählt, daß er schadenfroh erklärt habe: „Etch, jetzt geschieht meinem Vater recht, daß ich mir die Hände erfroren habe; warum hat er mir keine Handhabe gekauft!“ An diese Anekdote erinnern auch die guten Leute mit ihrem Drohwort: „Ich tret' aus!“ sehr lebhaft. Weil ein Erfolg ausgeblieben ist, und eine Sache nicht durchzuführen war, erklären sie, mit ihrer Drohung jemandem Troh bieten zu wollen, während sie genau genommen, doch nur selbst dieser jemand sind, der durch ihr eigenmächtiges Verhalten getroffen wird. Statt gerade dann, wenn die Organisation einen Mißerfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen, daß nun alle Kräfte angespannt werden müssen, um Versäumtes nachzuholen und die Organisation kräftiger und leistungsfähiger zu machen, erklären sie wie die trübsigen Kinder „nicht mehr mittun zu wollen“ und verleiten auch andere zur Fahnenflucht, pflanzen Mißmut und Verzagtbeit, wo Aufmunterung und Belehrung der Schwachmütigen am Plage wäre. Sie werden so, ohne daß sie es ahnen und beabsichtigen, zu Helfershelfern der Unternehmung, die nichts sehnlicher wünschen, als daß die Organisationen zurückgehen, daß die Mißstimmung und Verzagtbeit die Reihen der Kämpfenden lichten helfen. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen könnten; und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Mißerfolg die Arbeiter davon überzeugen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt! So liegt also in den leichtfertigen und garstigen Worten: „Ich tret' aus!“ eine ganze Welt der Reaktion, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht. Ein Schlagwort, das unsere Zeit vergiftet und in jeder sozialen Gemeinschaft wie zersetzendes Scheidewasser wirkt, muß auch dieses antisoziale Sprüchlein bekämpft und ausgeremert werden, wenn ein hartnäckiges Bollwerk fallen soll, das bei jedem Schritte nach vorwärts unseren Weg erschwert!

### „Ich tret' aus!“

Auch ein „geflügeltes Wort“ in der Gewerkschaftsbewegung.

In der modernen Gewerkschaftsbewegung stößt man auf zwei besonders beachtenswerte Spezies von Menschen, die sich immer und überall als die Wegelagerer des Fortschritts diesen selbst in den Weg stellen. Die einen rangieren zu jener vom Gesetze der Trägheit erfüllten Sorte von Indifferenten und Gleichgültigen, die kein Geschick aus ihrem seelischen Gleichgewicht zu bringen vermag und die mit eiserner Beharrlichkeit allem Fortschritt Trotz bieten, indem sie sich mit der Ueberlegenheit des Alles-Wissenden zu der bequemen Weisheit „es sei immer so gewesen“ bekennen und so jedes Gesetz der Fortentwicklung einfach negieren. Höchstens dann, wenn ihnen lange und eindringlich genug die Notwendigkeit eines beruflichen Zusammenhanges vor Augen geführt wird, geschieht es zuweilen, daß sie sich erweichen lassen und zugestehen, „daß, wenn etwas erreicht wird, ja auch sie mit davon profitieren“ und es auf diese Weise ja gar nicht nötig haben, sich selbst an einer Organisation zu beteiligen. Ueber diese schmarozenden Schlingengewächse, die sich an dem Baume des menschlichen Fortschritts emporranken und von keinen Säften zehren, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und wenn auch zugestanden werden muß, daß infolge des moralischen Einflusses der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit hier manches besser geworden sei, aussterben wird diese Sorte von Egoisten, die auf die Ernte warten, die andere gesät und gepflügt haben, niemals.

Weniger scheint aber noch auf eine zweite Gattung von Menschen hingewiesen worden zu sein, die nicht minder gefährlich für den Kampf der Arbeiter um ihre Lebenshaltung ist. Wie oft und bei welchen verschiedenen Gelegenheiten haben wir doch immer wieder auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht behagt, oder was sie sich nicht auf den ersten Blick erklären können, mit den Drohworten bei der Hand sind: „Ich tret' aus!“ Wie das letzte Mittel der Könige die Kanone ist, so stellen sich jene Raiben in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geflügelte Wort“ als das zweidrittelbrennendste Pressionsmittel vor, um ihren

gelegentlich vermietet werden dürfen. Auch auf den Bahnhöfen sollten ausreichende Wasch- und Badgelegenheiten vorhanden sein.

Auch über die hygienische Vorbildung der Gewerbe-Inspektoren verhandelte der Kongress und stellte die Forderung auf, daß ein Aufsichtsbeamter nicht nur technische und sozialpolitische Kenntnisse haben, sondern auch die Grundlagen der Gewerbehygiene kennen müsse. Im Anschluß hieran schickte der Kongressrat Viefelsfeld in Lübeck, der Direktor der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, die Erfolge, die auf dem Gebiete der Hygiene der arbeitenden Klassen durch die deutsche Invalidenversicherung erzielt worden sind. Der Betrag an Arbeitslöhnen, der in den letzten zehn Jahren den Arbeiterfamilien durch die für einen Zeitraum von je fünf Jahren nach der Heilbehandlung der Invalidenversicherung erworbenen oder gebliebenen Arbeiter zugeführt worden ist, kann nach der Heilbehandlungszustatistik auf etwa 471 Mill. Mark berechnet werden. Für die Anlage von Kapitalien der Invalidenversicherung in Arbeiterwohnungen, die den Anforderungen der Hygiene genügen, sind von der deutschen Invalidenversicherung bis 1906 172 Mill. Mark aufgewendet worden.

Endlich beschäftigte sich der Kongress noch mit der Frage: „Wie können die gesundheitlichen Gefahren der Heimarbeiter herabgesetzt werden?“ Der Referent, Dose in Dresden, führte aus, daß die gesundheitlichen Gefahren in und durch die Haus- und Heimindustrie sowohl die erwerbstätige Bevölkerung als auch die breite Schicht der Konsumenten bedrohen, die hinsichtlich ihrer meisten Lebensbedürfnisse von der haus- und heimindustriellen Produktion abhängig ist. Eine etwaige Gesetzgebung hätte demnach die gesundheitlichen Interessen beider Teile gleichmäßig wahrzunehmen, und zwar: a) indem sie den Heimarbeiter vor den gesundheitlichen Gefahren seiner Erwerbstätigkeit schützt und b) die gleichen Gefahren für das konsumierende Publikum durch entsprechende Regelung der haus- und heimindustriellen Produktionsbedingungen herabzumindern sucht. Gewerbeinspektor Dr. Zupafer in Berlin hält ebenfalls gesetzliche Maßnahmen zur Herabminderung der gesundheitlichen Gefahren in den Betrieben der Heimarbeiter für dringend notwendig und der Gewerbeinspektor Traubahn-Viefelsfeld meinte, die Heimarbeiter soll nach Möglichkeit in Fabrikarbeit übergeführt werden, und nur da, wo sie durch die familiären Verhältnisse oder die wirtschaftliche Lage der Arbeiter geboten werde, im einzelnen Falle behördlich zu genehmigen sein. Die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung auf die Heimarbeiter müsse mit den gebotenen Abänderungen erfolgen.

## Lohnbewegung.

**Sperren.** Ueber folgende Werkstellen wurde die Sperre verhängt:

Knothe in Neugersdorf (sächs. Lausitz); Martin & Weber in Brückenau; Hennequin & Hauser in Meh.

### Raktierer.

Nach Neu-Isenburg ist Bezug strengstens fernzuhalten.

**Westhofen.** Der Streik in der Möbelfabrik von Kraft wurde nach neuntägiger Dauer aufgehoben. Von den 13 Kollegen, die in den Ausstand getreten waren, haben sechs unter dem Druck des Herrn Kraft sich zur Aufnahme der Arbeit und zum Austritt aus dem Verbande bewegen lassen. Ein Kollege wurde sogar unter Schlägen von seinem Bruder, der in der Fabrik als Schreiner arbeitet, zur Arbeit gebracht.

Unter solchen Umständen und da sich noch einige Hausreißer aus dem Orte gefunden hatten, war die Erreichung des Ziels, Anerkennung der Organisation, zunächst nicht zu erreichen. Hierzu gehört zunächst ein einheitliches Zusammenschließen aller Arbeiter im Betriebe, um dem Allgewaltigen von Westhofen das Koalitionsrecht in der Praxis beizubringen. Wir warnen auch fernerhin vor Bezug nach Westhofen.

**Neu-Isenburg.** Die Möbelfabrikanten wollen keinen Frieden durch gegenseitige Verhandlung, sondern anscheinend vollständige Niederwerfung der Organisationen. Die vom Gewerbegericht angestrebten Einigungsversuche lehnten die Unternehmer ebenso ab wie die Einigungsversuche des Bürgermeisters. Die Fabrikanten stützen sich bei der Ablehnung immer auf die Konkurrenz, wodurch eine weitere Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit nicht möglich sei. Davon reden die Unternehmer aber nicht, daß sie zur Zeit Tausende von Mark zur Herstellung von Arbeitswilliger verwenden. Die Summe und der durch den Kampf entstandene Schaden würden reichlich zur Bezahlung der Mehrforderung ausreichen. Aber die Machthaber wollen ihren Herrenstandpunkt unter allen Umständen durchsetzen. Doch das ist nicht fest, ihre Absicht, die Organisation zu vernichten, werden sie nicht erreichen, denn die Kollegen stehen, abgesehen von einzelnen Fällen, noch ebenso fest wie zu Anfang des Kampfes.

## Aus unserem Berufe.

**Dahnungslofer Engel** u. Ein Landauer Malermeister glaubte mit der Veröffentlichung eines im sechsten Agitationsbezirk versandten Zirkulars seiner stammenden Mitwelt einen besonderen Rang aufzeigen zu können, daß er im vollen Wortlaut in Nr. 43 der Südd. Malerzeitung zum Abdruck brachte. Zu seinem großen Mißbehagen wußte er aber gegen die „angeführten Vraten und Unwahrheiten“ nicht einzuwenden, so kam es, daß er seinen Vetter an der beigelegten Versammlungseinladung der Verwaltung sich ausbilden ließ. Im Bräutlein der Weberzeitung donnert er: „Es wäre uns ein Leichtes, auf gesetzlichem Wege feststellen zu lassen, was an dieser beabsichtigten Aussperrung Wahrheit ist oder nicht.“ Uns scheint, daß hier der „Wälzer Süher“ etwas mit in die Feder geflossen ist. Sonst würde er von unseren Gesetzeskundigen nicht erwarten, daß sie auf sein Geheiß sogar die Absichten (!) der Unternehmer gesetzlich feststellen. Daß man auch in den Kreisen der Landauer Kollegen mit der Möglichkeit einer Aussperrung rechnet, ist wirklich nichts so Unerhörtes, wenn auch der Hinweis auf dieselbe durch die lapidare Kürze der Einladung zu der Landauer Versammlung etwas verallgemeinert wurde. Wir glauben gern, daß die Unternehmerverbände diese Landauer Gesetzeslicht nicht zu ihrem Vertrauen zu machen geneigt ist. Da er von den tatsächlichen Vorgängen noch nicht viel bemerkt

haben wird, wollen wir ihm das vertrauliche Zirkular des „Mitteldeutschen“, der mit dem Malermeisterverband in enger Beziehung steht, nochmals mitteilen: Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mitteldeutschlands in Nürnberg.

Telephon-Nr. 3134. Nürnberg, den 18. September 1907.

Fabrikstraße 3. Wertler Herr Kollege!

Am 1. April 1908 läuft der mit der Organisation der Maler, Tüncher, Anstreicher usw. abgeschlossene Tarifvertrag ab und ist ein Streit derselben zu gewärtigen. Um nun unsere Herren Kollegen im Maler- und Tüncher-gewerbe bei einem eventuellen Streik im nächsten Frühjahr wirksam unterstützen zu können, richten wir schon heute an Sie die bringende Bitte, alle Maler, Tüncher- und Anstreicherarbeiten von jetzt ab so zu beschleunigen, daß Ihre gesamten diesbezüglichen Arbeiten möglichst bis 31. März 1908 fertig gestellt sind und Sie keinen Schaden erleiden.

Um welche Position ist es nun trauriger bestellt, um die unferne oder die Fröhe, Herr (?Wiederwolf?) aus Landau?

**München. „Tarifbruch“.** Welches Schmunzeln in den Arbeitgebermienen bei diesem Worte, wenn es sich einmal auf Arbeiter anwenden läßt. Noch bestehen die „geregelten Verhältnisse“ hier erst kurze Zeit, drei Monate liegen wir zur „Anpassung“ an den Tarif verstreichen und nun das Fazit oberflächlicher Beobachtung? Keine Woche ohne Verurteilung eines Meisters.

1. Obermeister Kainz zahlte zu wenig Landzulage; übernahm die Pflicht der Nachzahlung.

2. Urbanisch, Schlichtungskommissionsmitglied: Verfehlung gegen die Akkordpreise und ein Abkommen vor dem Einigungsamte.

3. Lentner bedrohte die Leute mit Entlassung, welche tarifmäßige Arbeitszeit verlangten. Außerdem haben Kaiser, Boll, Sellmayr u. Sohn, Schäffler, Oberlechner und eine Reihe anderer gegen die Arbeitszeit und endlich Leising und Kaiser gegen Stundenlohn und letzterer außerdem gegen die Akkordpreise geklagt. Es würde zu weit führen, alles genau zu schildern, und verweisen wir daher auf die Illustration über Urbanisch.

Unter der Epikurische „Nachklänge zum Malerstreik“ veröffentlicht die Münch. Neuesten Nachr. eine Notiz, nach der durch Beschluß der Meister die Arbeitswilligen bevorzugt werden sollen (siehe auch W.-M. Nr. 44). Diese Notiz wurde in der Deutschen Arbeiterzeitung mit dem Buzake wiedergegeben, daß Nachahmung dieses Beschlusses (also Tarifbruch) zu empfehlen sei.

Auf die sofortige Beschwerde bei der hiesigen Innung hin erklärte Herr Kainz, davon nichts zu wissen! (Die Innung führt den Unternehmensnachweis.) Eine darauf an die Ortsgruppe des süddeutschen Meisterverbandes gerichtete Beschwerde blieb ohne Antwort; der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, mit dem der Tarif offiziell abgeschlossen wurde, erklärte, daß die Schlichtungskommission zuständig sei, und so wurde der Vorliegende der Ortsgruppe München, Herr Rink, vor das Einigungsamt geladen. Derselbe erklärte privatim, daß der Schriftführer entgegen seinem Auftrag die Sache in der Südd. Malerzeitung publiziert habe, auch sei kein Beschluß gefaßt worden, und lehnte er eine Mitbestimmung in den Zeitungen ab. Der Vorstand der Ortsgruppe trat dieser Ansicht bei mit dem Hinweis, daß sie mit uns in keinem Tarifverhältnis stehe. (!!!) Durch Vermittlung des Einigungsamtes hat nun Herr Stolz die Mission übernommen, die Sache zu regeln. Was dabei herauskommen wird, bleibt abzuwarten, doch soll Herr Stolz in jener Versammlung auf die Invaliden-karte als Urteilsbrief hingewiesen haben, was ein schlechtes Zeichen für die Regelung ist.

Diese Vorgänge sind gewiß kennzeichnend für die „Tariffreundlichkeit“ eines Teils der Münchener Malermeister und ein vielversprechendes Prognostikon, was von dieser Seite aus von dem anzustrebenden Ziel einer „deutschen Tarifgemeinschaft für das Malergewerbe“ zu erwarten ist. Was sagt übrigens die Süddeutsche Malerzeitung zu dem tarifbrüchigen Verhalten der Meister?

**Submissionsblüte.** Für die Malerarbeiten in der Oberrealschule zu Braunschweig sind 24 Angebote eingegangen und beträgt das Höchstgebot 7723,32 M., das Mindestgebot 4840,03 M.; also eine Differenz von 2883,29 Mark. Die Herren wollen natürlich einer noch billiger wie der andere arbeiten unter Aufbündung der Kosten für derartige Manipulationen selbstverständlich auf die Gehilfen. Ist doch zu konstatieren, daß z. B. Herr Wolters (4998,74 M.) erst durch das städtische Bauamt angehalten werden mußte, den Bauarbeiterzuschuß bestimmungen nachzukommen. Herr Wübcher (5518,60 Mark) ist ja genügend beim hiesigen Gewerbegericht bekannt und der noch jugendliche Malermeister Bilz (4840,03 Mark) scheint jede Arbeit als Fleckarbeit anzusehen, denn er leistet sich das möglichste an Unterbietungen und hat auch hierbei wieder den Rekord geschlagen. Unter denen, welche die niedrigsten Preise abgegeben, befindet sich auch der Obermeister der hiesigen Innung, Herr Meierhoff (5527,05 M.); von dem offiziellen Vertreter der Innung sollte man schließlich annehmen, daß er seinen Kollegen mit gutem Beispiel vorangehe, aber weit gefehlt. Es ist dieses die dritte Submission innerhalb einiger Jahre, die so große Preisunterschiede gezeigt hat und trägt zum Teil sicherlich unser tarifloses Arbeitsverhältnis dazu bei, daß derartige Zustände hier herrschen. Unsere Kollegen werden aber dadurch, daß sie ernstlich daran gehen, auch für Braunschweig einen Tarif zu schaffen, dafür sorgen, daß der Ausbeutung der Gehilfen einmal ein Damm entgegengekehrt wird.

**Vernisunfall.** Meiderich (Mhlb.) Der 20-jährige Anstreichergehilfe Schinzer war am 9. November mit Anstreichen von Giebelteilen auf dem Dach der Teererverwertungsgesellschaft beschäftigt, wobei er plötzlich von den Nähern eines elektrischen Drahtes ergriffen wurde. Außerdem kam er noch mit der sehr starken Stromleitung in Berührung und stürzte mehrere Meter tief auf Eisenblöcke ab. Der Unglückliche war in wenigen Minuten tot.

**Emden.** (Situationsbericht.) Am 14. Juni waren es zwei Jahre, daß die Emdener Kollegen sich dem Verband angeschlossen haben. Wir blühten zu Anfang stolz auf unsere junge Filiale herab, und mit Recht, waren wir doch in einem Jahre fast vollständig organisiert und konnten in einen Lohnkampf eintreten. Die Herren Meister hielten es ja nicht für nötig, auf gutem Wege unseren Forderungen gerecht zu werden, weil sie nicht mit einer

Organisation, sondern mit einem hier früher bestehenden klauen Lokalberein rechneten. Nach neunwöchigem Kampfe kam es zu Verhandlungen, die zu einem Tarifabschluß führten. Endlich hatten die Unternehmer eingesehen, daß alle aufgetriebenen Mittel, auch das Heranschieben fremder Arbeitskräfte, erfolglos blieben, um uns niederzurufen. Infolge der geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse erhielten wir auch bald Bezug nach hier; leider hatten wir aber von den meist verheirateten Kollegen, die zugereist kamen, wenig Freude. Anstatt als Kollegen mitzuarbeiten, etablierten sie sich bald als Meister. Das Kleinmeisterturn nimmt hier immer mehr überhand, sind doch in der kleinen Stadt Emden, die etwa 23 000 Einwohner zählt, nicht weniger als 60 Malermeister vorhanden. Hierdurch werden wir ebenfalls in jeder Beziehung bedeutend geschädigt, denn die Schmutzkonzurrenz weist mitunter erschreckende Zustände auf und da soll natürlich bei Arbeiten, die für einen Spottpreis angenommen werden, das Fehlende aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden werden. Viele von den Kollegen würgen sich tatsächlich bis aufs äußerste ab, damit nur die Harmoniebusel zwischen ihnen bestehen bleibt. Waren wir vor zwei Jahren bis auf drei Mann sämtlich organisiert, so zeigt sich jetzt ein anderes Bild. Von den 45 hier beschäftigten Kollegen ist es geradezu ein höchst beschränkendes Reugnis, wenn man sagen muß, daß ein Drittel derselben unserer Organisation fernsteht. Das große Interesse, das die Kollegen früher gezeigt haben, hat sich in eine tieftraurige Dummheit verwandelt. Sie haben es nicht mehr für nötig gehalten, nach unserem neunwöchigen schweren Kampfe, unsere Versammlungen zu besuchen, ja noch mehr, sie bezahlten ihre Beiträge immer weniger und kehrten uns mit der Zeit ganz den Rücken. Gewiß haben wir wieder tüchtige Kollegen gewonnen und unsere Filiale auf dem alten Standpunkt erhalten. Wir wollen aber nicht bloß auf dem alten Standpunkt stehen bleiben, sondern immer mit frischem Mut und mit neuem Eifer ans Werk gehen! Kollegen! Wir dürfen nicht ruhen und rasten, wir dürfen keine unorganisierten Kollegen hier haben, sie müssen wieder in unsere Reihen hinein! Keiner darf uns im nächsten Frühjahr fernstehten, denn Ihr wißt alle recht gut, daß die Unternehmer den am 1. Januar ablaufenden Lohnvertrag gekündigt haben. Darum wißt Ihr, Kollegen, was Euch im nächsten Frühjahr bevorsteht. Also vorwärts, Kollegen, damit wir nicht noch mehr heruntergedrückt werden, besucht die Versammlungen und mache es sich ein jeder zur Pflicht, mit tätig zu sein. Organisiert und agitiert, damit wir zu jeder Zeit bereit sind und geschlossen dastehen!

## Arbeiterversicherung.

**Invaliden- und Altersrenten.** Die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis 30. September 1907 von den 31 Versicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Kasseneintrichtungen bewilligten Invalidenrenten betrug 1 489 454. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen 652 874 Renten weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 noch 836 580 Renten bestanden, gegen 826 911 Renten am 1. Juli 1907.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 456 723. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen 338 028 Renten weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 118 695 Renten liefen, gegen 120 427 Renten am 1. Juli 1907.

Invalidenrenten (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 75 459 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liefen, gegen 21 827 am 1. Juli 1907.

Beitragsrückstellungen sind bis zum 30. September 1907 bewilligt: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 1 619 088 (gegen 1 584 616), b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 4739 (gegen 4585), c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 355 844 (gegen 347 047), also zusammen 1 979 671 (gegen 1 936 248) bis zum 30. Juni 1907.

## Sterbetafel.

**Annaberg.** Am 4. November wurde unser treues Mitglied Curt Böhm, 24 Jahre alt, durch einen Unglücksfall getötet.

**Wiesbaden** (Bahnhofs-Frauenstein). Am 26. Oktober starb nach kurzem Krankenlager der Kollege P. H. Träger in Alter von 61 Jahren.

**Bochum.** Am 30. Oktober verstarb an Diphtheritis Kollege Georg Blochberger im Alter von 28 Jahren.

**Kiel.** Am 3. November starb plötzlich unser Kollege Joh. Ahrens.

Ghre ihrem Andenken.

## Briefkasten.

Zur Beachtung! Des Buktages wegen müssen alle Einsendungen, die für die Nr. 47 des „Vereins-Anzeiger“ bestimmt sind, bereits Sonnabend, den 16. November, morgens, in unseren Händen sein. Die Redaktion.

## Dereinsteil.

### Bekanntmachung.

Eine Beitragshebung in den Wintermonaten von 25 J wird der Filiale Fabrye, von 35 J der Filiale Colmar i. El., hiermit bestätigt.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Albert Henrich, Duchn. 43 400, bez. 34 Wch. 07, Potsdam; Otto Treiber, Duchn. 48 189, bez. 27 Wch. 07, Stuttgart; Mich. Kramer, Duchn. 44 517, bez. 38 Wch. 07, Necklinshausen.

Der Vorstand.

### Bericht der Hauptkasse vom 5. bis 11. November.

Für das 4. Quartal gingen ein: Regensburg M. 200.—; Bremen 400.—; Hannover 800.—; Straßburg 300.—; Dortmund 500.—; Halle 350.—; Elberfeld 400.—; Greiz 100.—; Würzburg 150.—; Essen 500.—; Mühlhausen i. G. 100.—; Lüneburg 33.—; Neumünster 80.—; Rittow 156.40; ...

800.—; Gotha 400.—; St. Moritz 9.05; Wilhelmshaven 150.—; Bamberg 100.—; Bremerhaven 220.—; Serford 100.—; Lübeck 300.—; Erfurt 400.—; Hannover 500.—; Chemnitz 800.—; Zürich 40.90.

Vom 16. September bis 15. Oktober gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Aachen 17.—, Altenburg 7.55, Annaberg 40.25, Augsburg 21.—, Bamberg 14.50, Bausen 10.80, Berlin 594.75, Bernburg 19.30, Bielefeld 3.25, Brandenburg 12.50, Braunschweig 52.15, Bremer 114.05, Bremerhaven 5.40, Breslau 133.70, Cassel 133.05, Chemnitz 153.90, Köln 143.25, Cöthen 1.30, Crefeld 10.—, Darmstadt 225.40, Detmold 12.50, Dresden 192.95, Duisburg 11.—, Düren 25.65, Düsseldorf 83.35, Eberwalde 3.50, Eisenach 4.—, Emden 9.60, Erfurt 24.55, Schweig 64.50, Effen 36.30, Flensburg 9.—, Forst 20.30, Frankfurt a. M. 947.95, Frankfurt a. O. 11.40, Freiburg 72.10, Friedberg 113.30, Gera 59.10, Gießen 22.70, Glauchau 6.—, Gmünd 13.50, Gotha 58.75, Göttingen 4.20, Guben 20.05, Görlitz 90.85, Hagen 9.—, Halberstadt 21.50, Halle 85.45, Hamborn 4.50, Hamburg 423.70, Harburg 4.20, Hannover 74.50, Heidelberg 36.95, Hildesheim 8.55, Hirschberg 35.35, Jena 20.60, Kaiserlautern 17.25, Karlsruhe 94.20, Kattowitz 2.60, Kiel 76.05, Königsberg 26.95, Kulmbach 4.—, Landau 28.10, Leipzig 233.60, Liegnitz 22.50, Linde 7.80, Lübeck 14.70, Lüdenscheid 9.80, Magdeburg 30.30, Mainz 167.35, Mannheim 152.40, Marburg 5.40, Meib 66.15, Mühlhausen i. G. 3.—, Mittweida 10.75, München 239.30, Meerane 32.40, Münster 9.—, Neugersdorf 25.15, Neumünster 12.50, Neustadt a. S. 13.—, Nordhausen 12.50, Nowawes 29.50, Nürnberg 309.45, Oelsnitz 12.50, Oranienburg 3.60, Pforzheim 160.50, Posen 88.50, Pöß-

neck 16.50, Quefelinburg 12.50, Regensburg 22.05, Reichenbach 4.—, Rostock 13.50, Saarbrücken 13.70, Sagan 3.—, Schw.-Hall 6.75, Solingen 16.80, Sondersburg 18.50, Spandau 2.—, Staßfurt 8.—, Stralsund 68.—, Straßburg 38.85, Steint 59.40, Stuttgart 141.40, Ulm 22.50, Waldenburg 21.50, Weimar 12.10, Wiesbaden 173.85, Wilhelmshaven 41.20, Worms 4.50, Würzburg 46.10, Zeitz 34.15, Zeulenroda 3.—, in Summa 7090.15 M.

Wöchentlichensatz: Brandenburg 6.—, Sterbescheine gingen ein: Altenburg 20.—, Annaberg 10.—, Bamberg 20.—, Berlin 30.—, Bremen 10.—, Breslau 40.—, Chemnitz 125.—, Grimnitzschau 10.—, Darmstadt 125.—, Dresden 20.—, Düsseldorf 10.—, Eberfeld 10.—, Erfurt 10.—, Schweig 20.—, Effen 25.—, Flensburg 10.—, Frankfurt a. M. 120.—, Freiburg 10.—, Gera 20.—, Gießen 10.—, Glauchau 10.—, Görlitz 10.—, Greiz 10.—, Halle 10.—, Hamburg 20.—, Hannover 65.—, Kiel 20.—, Königsberg 30.—, Leipzig 25.—, Lübeck 10.—, Mainz 10.—, Mannheim 30.—, Meib 20.—, München 40.—, Münster 10.—, Nürnberg 10.—, Osnabrück 10.—, Potsdam 10.—, Ruhl 15.—, Saalfeld 10.—, Schwerin 20.—, Stettin 20.—, Straßburg 35.—, Stuttgart 45.—, Tilsit 10.—, Waldenburg 10.—, Wiesbaden 10.—, Würzburg 10.—, in Summa 1190 M.

Material wurde versandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. F. = Futterale. W.-M. = Vereinsangehörigenmarken. Aachen 2000 B. a 25 s; Bremerhaven 600 B.-M. a 10 s; Celle 200 B. a 60 s; Colmar 200 B. a 50 s;

Cottbus 800 B.-M. a 10 s; Darmstadt 800 B. a 55 s; Effen 20 s; Göttingen 10 s; Halle 2000 B. a 60 s; Jümenau 200 B. a 50 s; Neumünster 400 B.-M. a 10 s; Stralsund 100 B. a 50 s; Zabrze 400 B. a 25 s. S. Wenker, Kassierer.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands**  
(Eingetragene Stiftung Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 3. bis 9. November 1907. Ueber die von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekassiert von Scheid-Hamburg-Barmbeck 150 M.; Marktstein-München 300 M.; Schumacher-Hannover 150 M.; Leberenz-Lübeck 300 M.; Lange-Nowawes 100 M.; Strud-Göttingen 35 M.

Zu Buch wurde abgefordert für die örtliche Verwaltung in Posen an Rogalski 150 M. Krankengelder erhielten Buchn. 12 347 M. Stengel in Eingen, Amt Konstantz, 25.20 M.; Buchn. 30 390 G. Stimpel in Pfaffschwende im Eichsfeld 14.70 M.; Buchn. 7699 F. Hartmann in Limburg a. L. 12.60 M.; Buchn. 3475 M. Gellert in Angermünde 18.90 M.; Buchn. 4352 G. Spengler in Brandenburg a. S. 25.20 M.; Buchn. 8884 G. Seider in Bad Ems 8.40 M.; Buchn. 6051 F. Fischer in Bartenstein i. Ostpr. 25.20 M.; Buchn. 14 820 D. Eberhardt in Arnis in Schleswig 37.80 M.; Buchn. 26 757 S. Schmidt in Grevesmühlen i. M. 21 M.; Buchn. 14 806 S. Steffens in Melbort i. Holst. 25.20 M. S. S. Dulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

**Anzeigen.**

**Berlin.**

Orts-Krankenkasse der Maler und verw. Gewerbe.

Montag, 25. November, abends 8 1/2 Uhr, **General-Versammlung der Delegierten** in den „Armin-Hallen“ Kommandantenstraße 58-59.

T.-D.: 1. Einführung der Düsseldorfser Tarifgemeinschaft. 2. Ruhegehaltsfragen. 3. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung pro 1907. 4. Neuwahl und Ergänzungswahl des Vorstandes.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

**Filiale Nowawes.**

Sonnabend, 16. November 1907

**General-Versammlung**

U. U.: Vortrag des Kollegen S. Mies-Berlin Um zahlreichen Besuch bittet  
A 2.-] Die Ortsverwaltung.

**Filiale Görlitz.**

Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt beim Kollegen A. Blische, Demianplatz 40, 2. Etage, abends von 7-8 Uhr.  
A 1.20] Der Vorstand.

Gesucht durchaus erfahr. Spezialist zum Aderen auf Küchenmöbel. Offerten mit Preis unter T. 1250 an Geinr. Eisler, Hamburg.

**Filiale Oranienburg.**

Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Schlafmarkenausgabe bei dem Kollegen A. Danke, Mühlensfeld 4 (Schhaus) erfolgt. Dieselben berechtigen zum unentgeltlichen Uebernehmen in unserer neuerrichteten Herberge, Mühlensstr. 31, bei Fris Heider. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Kollegen S. Dehmk. Neuerplatz 12, I. Geöffnet von 6-7 Uhr abends.  
[A 2.40

**Maler - Mäntel,**

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität Umgelegt, schräge Taschen

110	120	130	140
3.—	3.10	3.25	3.40

Mützen 40 s, Kessel-Posen 2.10 M, Drell-Posen und Taschen von Seinen à 2.80 M, Extra-Größe per Stück 3.— M.  
**D. Wurzel & Co., Berlin,**  
Büchsenstraße 13, I.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Logis, sowie Mittags- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

**Hermann Stramm**  
Berlin SO., Ritterstr. 123.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—. Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amorletten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturgetreu).  
**Ph. Brühl, Oeffen i. Westf.**

**Soeben erschienen:**

**Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.**

Herausgegeben von der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Verlag: A. Tobler, Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der im vorigen Jahre aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

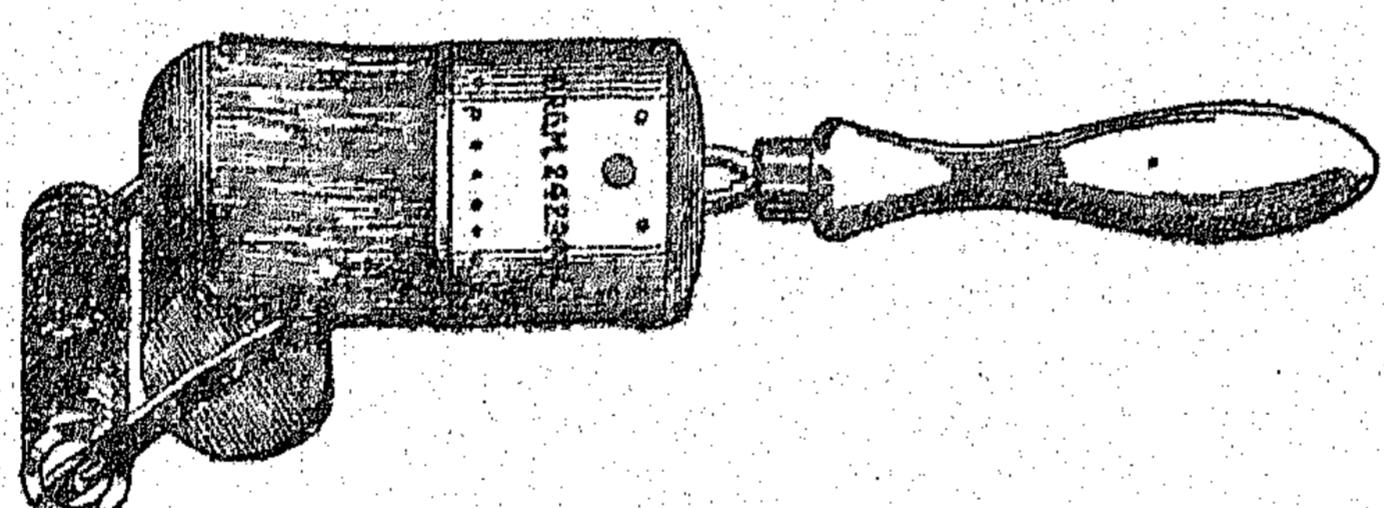
Bestellungsformulare sind in jeder Filiale zu beziehen. Eintrag in die Mitgliederliste ist erforderlich. Eintritt kann jederzeit erfolgen.

**Erste Kölner Holz- und Marmor-Schule**  
Karl Schmitz, Köln, Zunftstraße 22.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.  
Prospekt über das rühmlichst bekannte

**Mahlers Fondin**  
versendet gratis und franko **Mahler & Co., Bamberg II.**

**Porenrollen Weiershausen.**



Preis per Paar Mark 6.—, besteht aus folgend. Breiten: 1 Zoll und 2 1/2 Zoll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Zoll Breite Mark 4.50.

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19, Schule für Holz- u. Marmor-Imitation. Beginn: 15. Okt. — 15. März. Prospekte gratis.

Prüfamt: Doberan 1905. — Rostock 1907.

**!! Nur einen Monat Unterricht !!**

für naturgetr. Holz- oder Marmorarbeiten bei Fr. Schott, Schwerin i. M. 5. Selbst geringe Gaben volle Garantie. Illustrierte Prospekte der Schule und des Werkes zur Selbsterlernung frei.

**MALERSCHULE**  
**HAMELN a. d. Weser.**  
stüdt. sub. unter staatl. Aufsicht.  
Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz und Marmorarbeiten, sowie Vorträge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten durch besttätigte Fachlehrer. Gegründet 1896. — Separato Lehrsäle. — Prospekte frei.

**Malerschule**  
von Wlth. Schütz,  
Hamburg 15.

**Malerschule für dekorative Malerei**  
Wilhelm Christens, Kunstmaler  
Düsseldorf, Wehrhahn 32.  
— Prospekt frei.

**Vergrößerungen am besten und billigsten**  
z. B. auf Zeichenpapier 36/46 cm 46/56 cm  
**60 Pfg. 70 Pfg.**  
(Negative gratis) liefert  
**Richard Swierzy, Ges. m. b. H.**  
Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt I, 3008.  
Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

**Malerschule**  
für Holz- und Marmor-Imitation  
von A. Pritschau, Gammelsburg,  
(Bayern). — Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kursums vom 15. November 1907 bis 1. März 1908. Prospekt gratis.  
**Maler - Schule**  
**C. Karde, Kiel.**

**Malerschule Buxtehude**  
Größte Schule für Dekorationsmalerei  
1906 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise.  
Progr. d. Direktor Eiserweg

**Versandthaus**  
in allen Malerarbeiten, Farben, Lacke, Pinsel und Schablonen.  
Billigste Bezugsquelle in Tubenfarben  
Man verlange Preisliste!  
**G. Job, Nürnberg, Telegraph 13.**

**Fach-Schule für Holz- und Marmor-Malerei**  
M. Nabben, Unterstr. 118  
**Düsseldorf** Gegr. 1896.  
Prüfamt mit höchsten Auszeichnungen und Medaillen. Dortmund 1906 Schüler 1. und 2. Preise.  
Prospekt frei. Prospekt frei.  
Brentenwalze D.-R.-G.-M. Paar 8 Mk.

**Erste Schule für Holz, Marmor und Schrift**  
Wilhelm Klingelmann, München, Liebigstrasse 22.  
Prospekte gratis. [2.00] Prospekte gratis.

**Abendunterricht**  
in Holz- und Marmorarbeiten  
G. Muuß, Altona, Alsenplatz 1, III.

**Düsseldorfer Fachschule für Holz- und Marmorarbeiten**  
Loskill & Schnellen,  
Schirmerstrasse 8  
Anfang: 1. November bis 1. März.  
Dortmund 1906 höchste Auszeichnung dieser Branche.  
Prospekt frei. Prospekt frei.

**Holz- und Marmorschule**  
von C. Christen, Hamburg, Sflandstr. 67, Haus 2, III. — Prospekte gratis.

Winterberdienst! Kreidportraits!  
Praktische Anleitung zur Portrait-Kreideübermalung, ohne Apparate. Mark 1.25, keine Briefmarken. Max Pega, Maler-Retoucheur, Berlin 55., Sufelandstr. 21.

**Gebr. C. u. H. Dreier,**  
Bremerhaven, Kaiserstr. 44, IV. 1.  
Schule für Dekorationsmalerei, Holz- und Marmor-Imitation, sowie für Schriften.  
Matt und Glanzvergoldung.  
Wintersemester: 1. November bis 31. März.  
Prospekte gratis und franko.

**Detmolder Malerschule**  
Spezial-Lehrkräfte für Dekorationsmalerei. — Holz, Marmor, Schrift.  
Prospekt frei.

**Erstklassige Kölner Holz- u. Marmorschule**  
**Georg Haaf, Köln a. Rh.,**  
Grosse Brinkgasse 9.  
Beginn der Kurse 1. November bis 15. Febr. Eintritt jederzeit - Keine Zeitverschwendung. Einfache und praktische Methode - Zahlreiche Anerkennungen von Schülern - Für gute Ausbildung Garantie - Für ältere Schüler separater Raum - Prospekt frei.  
Der heutigen Nummer liegt die Nr. 45 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.  
Für die Redaktion verantwortlich W. Mark Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17.  
Verlag von S. Wenker, Hamburg 22  
Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Die Leipziger Scharfmacher als Tariffreunde.

Es ist ein ergötzliches Schauspiel, zu sehen, wie die selben Meister, die noch vor wenig Jahren geschworene Feinde jeder tariflichen Festlegung bestimmter Arbeitsbedingungen waren, jetzt für den Abschluß von Tarifen geradezu fanatisiert sind. Die in Hannover gesungenen süßen Melodien jetzt man jetzt in der Praxis fort, nur daß sie hier recht verächtlich klingen. Die Leipziger Meister haben sich, wie es scheint, vorgenommen, Herrn Wenner-Barmen die Siegesvorbeeren streitig zu machen; und damit sie recht billig dazu kommen, suchen sie sich als Zeit zu dem von ihnen geplanten großen Unternehmen nicht dumme Weise wie die Mannen des Rheinlands das Frühjahr, sondern den Winter aus. Sie sagten sich von ihrem Standpunkt aus ganz richtig, daß eine Ausperrung, die tatsächlich in Leipzig in den nächsten Tagen losgehen soll, dann durchgeführt werden muß, wenn so wie so nichts zu tun ist, fernermalen dann die Aktion, obwohl von großem Umfang, doch völlig kostenlos gemacht werden kann; für die Meister sowohl wie für die Gehilfen. Als Resultat denkt man mit dieser schönen Taktik die völlige Verschmelzung der Gehilfenorganisation und die Unterschrift des Gesellenauschusses unter den umstrittenen Lohnvertrag der Innung einheimen zu können.

Nachdem sich unsere Leipziger Kollegen bisher weigerten, den Lohnvertrag der Innung, um dessenwegen es in diesem Frühjahr zu einem achtwöchigen Streik kam, nach dessen Abbrechen zu unterzeichnen, bemühtigte sich der Herr Scharfmacher eine große Besorgnis. Man fürchtete, der errungene „Sieg“ könnte durch ein späteres Wiederausbrechen des Kampfes noch völlig zu Wasser werden. Als dann zu Ende des Sommers die heißersehnte Unterschrift des Gesellenauschusses noch nicht eingetroffen war, beistellte man diesen und forderte ihn „kategorisch“ auf, zu unterschreiben. Als dies nichts nützte, wurde er nochmals eingeladen. Unter Schimpfereien der Herren Meister, die empört waren, daß der Gesellenauschuss angesichts des herangekommenen Winters immer noch nicht Ordnung parieren wolle, ja sogar die Stirn hatte, zu erklären, er würde nur einen Tarif mit erhöhten Löhnen unterschreiben, verließ er schließlich das Lokal. Als dann sogar eine Gehilfenversammlung das Verhalten des Ausschusses einstimmig billigte und die Forderung von 62 1/2 Minutmalohn vom Frühjahr aufrecht erhielt, wurde dem Gesellenauschuss zum letzten Male anheimgestellt, zu unterschreiben und zwar geltend bis 31. Dezember 1908. Als auch diese freundliche Mahnung und das strikte Ablehnen jeder Unterhandlung nichts nützte, soll der beginnende Kampf mit einer großen Aktion eröffnet werden.

Man schickte den Meistern, wie ja nach den bisherigen Erfahrungen voranzusehen war, am 6. November folgenden Schriftstück zu:

Maler- und Lackierer-Zwangs-Vereinigung für Leipzig und Umgegend.  
Werte Kollegen!

Der Gesellenauschuss hat den Innungsvertrag, trotz nochmaliger Aufforderung von Seiten des Innungsvorstandes, nicht unterzeichnet.

Die Gehilfenchaft Leipzigs hat in einer am 30. Okt. 1907 stattgefundenen Versammlung beschlossen, auf ihrer Forderung von einem Minimallohn von 62 1/2 pro Stunde, wie Aufbesserung der anderen Paragraphen unseres Tarifs zu bestehen. Der Innungsvorstand sieht sich deshalb veranlaßt, den Beschluß der Innungsverammlung vom 21. 10. 07: „Weiterer Maßnahmen zu treffen, um die Unterschrift des Tarifs zu erhalten“, zur Ausführung zu bringen.

Sie werden daher aufgefordert, unverzüglich allen bei Ihnen arbeitenden Gehilfen beiliegenden Revers zur Unterschrift vorzulegen.

Unterzeichnet ein Gehilfe den Revers nicht, so ist dessen Name, gut leserlich geschrieben, auf beiliegender Liste zu verzeichnen.

Die Liste, wie auch die unterzeichneten Revers sind innerhalb drei Tagen an das Vorstandsmittglied Herrn W. Schumann, Leipzig-Neuditz, Mathausstraße 4, retour zu senden. Auch wenn Sie keine Gehilfen beschäftigen, muß die Burschenschaft erfolgen mit dem Bemerkten: Beschäftigte keine Leute.

Nichtzurücksendung dieser genannten Schriftstücke zieht die Bestrafung nach den Bestimmungen des § 10 des Innungsstatuts nach sich.

Der Vorstand.  
Eduard Grüner, Obermeister. Wilhelm Variels, Kassierer.  
Friedrich Barth, Schriftführer.  
Die Kommission.  
F. W.: Bernhard Schumann.  
Revers.

Unterzeichneter erklärt hiermit ausdrücklich, daß er keiner Organisation der Maler-, Lackierer- und Anstreichergehilfen angehört und verpflichtet sich, diese Organisationen weder moralisch noch finanziell zu unterstützen.  
Leipzig, den ... November 1907.  
Unterschrift: .....

NB. Weitere Exemplare dieses Reverses und Listen werden auf Verlangen unentgeltlich zugesandt durch den Schriftführer Friedrich Barth, Leipzig-Connewitz, Hermannstraße 4.

Also versucht man es in der Verzweiflung über die Dickfelligkeit der Leipziger Kollegenchaft, die nun einmal nicht einsehen will, daß sie verpflichtet sein soll, aus Dankbarkeit für ihre Meister, die es im Frühjahr erst zu einem achtwöchigen Streik kommen ließen, den von diesen einseitig aufgestellten Tarif durch den Gesellenauschuss zu unterschreiben, unter Anwendung des bei den Arbeitgebern nun einmal erlaubten Terrorismus. Denn die Frage nach der Zugehörigkeit zur Organisation soll doch nichts weiter bedeuten als einen Druck auf die Organisierten, was ja die Androhung der Ausperrung ohne weiteres beweist. Wie würden die Meister und mit ihnen die gesamte Presse des Reichslügenverbandes über Terrorismus zernern, wenn die Arbeiter die Arbeitgeber über die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation fragen wollten. Tut aber alles nichts. Die Arbeitgeber sind eben Leute, die sich über die bestehenden Gesetze ungestraft hinwegsetzen dürfen und bei denen es als besonders standes-

würdig gilt, wenn sie über ihre Arbeiter mit Hilfe der Hungergewalt zu dominieren versuchen.

Indessen sieht die Leipziger Kollegenchaft den Dingen, die da kommen sollen, ruhig entgegen. Sie weiß zu gut, daß es bei den Innungsscharfmachern die Verzweiflung ist, die sie zu ihrem lächerlichen Unterfangen, jetzt, Mitte November, wo die Arbeiten fast völlig aufgearbeitet sind, eine Ausperrung zu inszenieren, treibt. Sie behandeln den Revers als ein ganz gleichgültiges Stück Papier, mit dem man gerade macht, was einem beliebt, und vertrauen fest darauf, daß sie mit Hilfe ihrer Organisation zum Schluß doch noch über die Hilflosigkeit und den Hochmut der Meister siegen werden.

Die Entwicklung der deutschen Arbeitgeberorganisationen.

Die Lösung vom sozialen Frieden, die ein Jahrzehnt die sozialpolitische Theorie beherrschte, ist verfallen. Zwei bis an die Zähne bewaffnete Heere stehen die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer einander heute gegenüber zu einem Kampfe, der erst mit der Umwandlung des Betriebsleiters aus einem ausbeutenden und selbstherrlichen Kapitalisten in einen Vertrauensmann der Arbeiter und der Gesellschaft, d. h. mit der Sozialisierung der Produktion sein Ende erreichen kann. Bis dahin gibt es mancherlei Stappen. Bis jetzt stehen wir noch ganz auf der kapitalistischen Seite der Entwicklung; der Unterschied, der heute vorhanden ist, ist der, zwischen dem unbeschränkte Herrschaft heischenden Scharfmachertum und den fortgeschrittenen Unternehmern, die in der Form des „konstitutionellen Systems“ Tarife mit ihren Arbeitern oder deren Organisationen vereinbaren und sich so durch geringe Zugeständnisse und die Anerkennung einer gewissen formellen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft eine größere Ruhe im Betriebe und die minder opfervolle Erledigung der unvermeidlichen Streitigkeiten und Interessenkämpfe sichern. Leider ist diese Gruppe noch die kleinere; die große Mehrheit und namentlich die maßgebenden und kräftigsten Schichten des Unternehmertums stehen noch hartnäckig auf dem Boden des wirtschaftlichen Absolutismus, des „Herrn im Hause“, und sehen in jedem Erwachen von Selbstbewußtsein und Menschenwürde bei der Arbeiterschaft eine Auflehnung gegen ihre eigenen angestammten „Naturrechte“.

So wird die Entfaltung immer größerer und leistungsfähigerer Kampfsorganisationen auf beiden Seiten immer mehr eine Sache der Notwendigkeit. Mit dem mächtvollen Aufblühen der gewerkschaftlichen Organisation, die weit davon entfernt ist, in begablicher Ruhe zu vegetieren, und sich an ihrer äußeren Größe genügen zu lassen, vollzieht sich und noch weit umfassender und durchgreifender, der Ausbau der Unternehmerverbände und ihre Ausprägung zur schärfsten Kampfbereitschaft.

Ein lehrreiches Bild dieser Entwicklung bietet eine Studie von Dr. Gerhard Hepler\*), die zugleich zeigt, wie immer mehr Unternehmerverbände von ganz allgemeinem, verkehrspolitischen u. Charakter den Kampf gegen die „unberechtigten“ Bestrebungen der Arbeiter“ in ihr Programm aufnehmen oder besondere Organe für diesen Zweck sich schaffen. Hepler zeigt, wie die Beseitigung der alten zumtägigen Zwangsorganisation durch die moderne Gewerkschaft den Organisationsgedanken nicht zerstört hat, wie vielmehr in üppigster Fülle Organisationen aller Art und für alle Schichten der Bevölkerung aus den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens neu erwachsen sind. So auch die Unternehmerverbände. Mit Sulmann scheidet er diese in zwei Gruppen, je nachdem die Unternehmer als Warenverkäufer (Auktionen) oder als Käufer (Abnehmer) auftreten. Anbietervereine sind die Verkaufssyndikate oder Kartelle, — Abnehmervereine die Einkaufsvereinigungen, die der Beschaffung der Rohstoffe und der unbesetzten Hilfskräfte (Maschinen u.) dienen. 2. die Verbände, welche die Beziehungen zu den unentbehrlichen menschlichen Hilfskräften der Produktion regeln. Man sieht, die Arbeiter erscheinen hier nur als — leider — unentbehrliche Hilfskräfte für die Erzeugung von Mehrwert; ganz korrekt kapitalistisch.

Diese besondere Aufgabe der Regelung der Arbeitsverhältnisse entwickelt sich entsprechend der Entfaltung der Gewerkschaftsorganisation als deren kapitalistischer Gegenpol. Hepler unterscheidet zeitlich und sachlich verschiedene Gruppen von Unternehmervereinigungen, als deren jüngste der Arbeitgeberverband erscheint. Die erste nennt er Verkehrsvereine, die bis in die fünfziger Jahre zurückgehen und durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der aufstrebenden Großindustrie die Lebenslust schaffen helfen. Ihr folgen die Schutzollvereine vom Anfang der sechziger Jahre an, dann im Zusammenhang mit der Schutzollpolitik seit 1879 die Kartelle — seit dem Ende der achtziger Jahre schließlich die Arbeitgeberverbände.

Diese haben einige Vorläufer, so den seit 1848 bestehenden deutschen Buchdruckerverein. Ebenso alt sind die neueren Organisationsbestrebungen der Buchdruckergehilfen — wie denn der Zusammenhang zwischen den beiderseitigen Organisationsbildungen unverkennbar ist. Die Unternehmer treten in der Regel als Widerstandsvereinigungen („Antistreibvereine“) gegen die zunächst hauptsächlich als „Streikvereine“ aufgetretenen Gewerkschaften auf. Als solche bilden sie sich vielfach aus schon bestehenden Unternehmervereinigungen heraus, meist aber sind es eigenständige Wüchse, deren Entstehung durchaus parallel geht mit dem Wechselspiel der wirtschaftlichen Konjunktur, dem die an- und abgewandte Streit- und Organisationsbewegung der Arbeiter entspricht. So entstanden von 1882 bis 1902 nach Hepler etwa 220 Arbeitgeberverbände, davon 26 im Jahre 1890. Dann folgt ein Abflauen auf 15 und 14, mit der später wieder einsetzenden Hochkonjunktur, für die genaue Zahlen leider noch nicht vorliegen, wieder eine Zunahme: Für 1906 gibt Hepler weit über 100 neue an, so in den ersten 11 Monaten allein 60 für das Baugewerbe und nicht weniger als 13 große Zentralverbände.

Je nach den in Frage kommenden Interessen sind es

\*) Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeitgeberorganisationen. Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften 1907, 2. Heft.

Orts-, Bezirks-, oder Landes- und Reichsverbände, teils für ein einzelnes Gewerbe, teils für eine Reihe oder sämtliche Branchen. Ueberhaupt ist charakteristisch die große Differenzierung der verschiedenartigen Unternehmerorganisationen je nach dem verfolgten Zweck, der ja immer wieder eine andere Gruppe oder Glieder einer solchen interessiert. Dabei aber ergibt sich eine weitgehende Personengemeinschaft, derart, daß die maßgebenden Größen sich in einer Reihe verschiedener Vereine wiederfinden. So war Geheimrat Rirdorf Vorsitzender des Kohlenyndikats und zugleich an der Leitung des Dortmunder bergbaulichen Vereins und des Zentralverbandes deutscher Industrieller beteiligt, ähnlich die Herren Bueck, Dr. Benner u. a. Solch gewaltige, zusammenfassende Verbände wie der Zentralverband, der rheinisch-westfälischer Verband „mit dem langen Namen“, der Verband sächsischer Industrieller, der Arbeitgeberverband für Hamburg-Altona, dem 24 Organisationen angehören, bildeten bis vor kurzem die Höhepunkte dieser Entwicklung.

Neuerdings aber hat sie einige weitere Stappen zurückgelegt: 1. die planmäßige Begründung von Ortsvereinen nach gleichem Muster durch zentralisierte Branchenverbände (z. B. von 24 im Jahre 1904 begründeten Arbeitgeberverbänden für das Baugewerbe 21 auf Grund des 1899 geschaffenen Normalstatuts). — 2. Die Zusammenfassung in zwei Riesenverbänden für das ganze Reich. — 3. Die Schaffung von Streikentscheidungskassen. Veranlaßt durch den Kampf in der Grimmitzhauser Textilindustrie, wo 7000 Weber fünf Monate mit Unterstützung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung gegen das vereinigte und von der Staatsgewalt unterstützte Unternehmertum vergeblich um den Befristungsentag kämpften, bildeten sich im März 1904 im Anschluß an die zwei rivalisierenden großen Unternehmervereinigungen die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände (Zentralverband deutscher Industrieller) und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände (Vund der Industriellen). Der „Zentralstelle“, die nur Großindustrielle, namentlich die „schwere“ Kohlen-, Eisen- und Textilindustrie umfaßt, gehörten Ende 1905 51 Verbände mit 712 000 beschäftigten Arbeitern an; dem „Verein“, der neben der Großindustrie, insbesondere dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, auch die Kleingewerbeverbände aufnimmt, 160 Organisationen mit 950 000 Arbeitern. Die Trennung beruht offenbar auf persönlichen und sonstigen Eiferlichkeiten; im Wesen der rücksichtslosen Bekämpfung aller „unberechtigten“ d. h. aller über das Bedientenideal der Vergangenheit hinausgehenden Arbeiterbestrebungen, ebenso auch in der gleichmäßig betriebenen Ausperrungstaktik, dem Schwarzlistenwesen usw. sind beide Schöpfungen völlig gleichartig. Beide geben Pressorgane heraus, unterhalten Streikschänderversicherungskassen und stehen auch in einem Kartellverhältnis behufs gegenseitiger Unterstützung.

Die Bewegung geht nun unaufhaltsam voran. Immer enger schließen sich die Mäcker des Mezes, in dem die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung erstarkt werden soll; immer breiter wird die Unterlage, immer stärker der finanzielle Kraftaufwand. Dazu die freundschaftliche Hilfe der feindlichen Staatsbehörden, der Segen der Kirchen, die fast ausnahmslose Unterstützung der bürgerlichen Presse, neuerdings auch noch die Schaffung gelber Arbeitervereine mit ihrem „nationalen“ Verbands; — eine gewaltige Macht!

Und doch wachsen auch diese Wäune nicht in den Himmel. Vielerorts sehen wir, wie im Unternehmertum die Scharfmachertaktik mit ihren ewigen Mißnahmen aus kleinen Anlässen Mißvergüngen, mißunter offenen Abfall weckt. Und der mächtige Fortgang der Gewerkschaften an Mitgliederzahl und innerer Kraft führt immer näher zu dem Zeitpunkt, wo die Unternehmer allerwärts flug geworden durch Erfahrung oder zähneknirschend, sich zur Anerkennung der Arbeiterorganisation und zur Vereinbarung von Verträgen mit ihr herbeilassen werden. Bis dahin wird es freilich noch schwere Kämpfe kosten, in denen die klassenbewußte Arbeiterschaft gegen eine Welt voll offener Feinde und tückischer Verräter und „Freunde“ im Felde stehen muß.

Und das schließliche Ergebnis wird im Ganzen doch nur eine formelle Anerkennung der Gleichberechtigung, verbunden mit einigen wenigen wesentlichen Vorteilen sein. Die volle Ueberwindung des Feindes fordert eine Zusammenfassung und den planmäßigen Ausbau aller proletarischen Kräfte: Das enge Handinhandgehen der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung, frei von veralteten, im Toben der Schlacht funktlos gewordenen Richtungsverschiedenheiten und verzopten Sonderbündeleien; die Erweckung des proletarischen Bewußtseins und die Heranziehung der Stehtragenproletarier, der technischen und kaufmännischen Angestellten; schließlich auch die planmäßige Entwicklung der Konsumentenorganisation, die, wie der deutsch-österreichische Parteitag wieder richtig erkannt hat — eins der vornehmsten Schuttmittel gegen alle Vertenerungsbestrebungen, zugleich aber auch eine Grundlage selbständiger proletarischer Produzentenpolitik ist. Für Roballeriaataden ist die Zeit vorbei. Aber die geeinigste Volkstwehr des Proletariats wird auch die stärkste Festung des Kapitals in unermüdblicher Arbeit wiedererufen. S. P.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die achtstündige Arbeitszeit ist seit Oktober d. J. in den optischen und mechanischen Werkstätten der Firma G. Seib in Wehlar nun definitiv zur Einführung gelangt, nachdem sie im vorigen Jahre versuchsweise eingeführt worden war. Sie hat sich durchaus bewährt, trotz der kürzeren Arbeitszeit ist die durchschnittliche Leistungsfähigkeit nicht unwesentlich gesunken. Neun Beihilfen der Arbeiter erklärten sich für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, nur ein Beihilfe der in Afford beschäftigten Arbeiter war für neunstündige.

Der fünfte Verbandstag des Seemannsverbandes, der Ende Oktober in Hamburg tagte, beschloß die Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 40 Pf. und die Einführung der Krankenunterstützung in vier Stufen für 4 bis 8 Wochen in Höhe von 3 bis 7 M. pro Woche. Für Schaffung eines Industrieverbandes für das Verlags- und Verlagswesen erklärte sich der Verbandstag bereit. Der Verband zählt 13 875 eingeschriebene Mitglieder, davon 7155

zahlende. Das Verbandsorgan „Der Seemann“, das am 1. November bereits zehn Jahre im Kampfe steht, erscheint zurzeit in einer Auflage von 10 000 Exemplaren.

— Entwicklung der Kohlenpreise. Die Klagen über Verteuerung der Brennstoffe werden stets lauter. Auf die Erklärung der Grubenbesitzer, sie erhöhten die Kohlenpreise nur um das Allernotwendigste, die Preisentwicklung sei eine mäßige, antworteten die Konsumenten mit der Gegenklärung: von einer mäßigen Preiserhöhung könne gar keine Rede sein. Trete keine Wendung zum Besseren ein, dann würden viele kapitalschwache Unternehmungen durch die anhaltende Verteuerung der Brennstoffe zu Grunde gerichtet. Zweifellos standen schon 1906 die Kohlenpreise in den Hauptkohlenbezirken Deutschlands noch höher wie 1906, dem Jahre des damals viel erörterten Kohlenwunders. Eine Zusammenstellung der durchschnittlichen Tonnenwerte in den bedeutendsten Grubenbezirken bzw. Bergbauländern läßt unsicher erkennen, daß wir in Deutschland eine starke, fast unaufhörliche Kohlenpreiserhöhung zu verzeichnen haben. Unter Tonnenwert ist der „Wert am Schacht“ zu verstehen, so wie ihn die Grubenbesitzer den statistischen Ämtern deklarieren. Nicht etwa der tatsächlich erzielte Verkaufspreis. Wir entnehmen die nachstehenden Ziffern dem 2. Teil des Jahresberichts des Bergbaulichen Vereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Danach sind als Durchschnittswerte pro Tonne (1000 kg.) Steinkohlen ermittelt:

	1885	1900	1905	1906
Oberbergamtsbezirk				
Breslau	4,37	7,72	7,59	7,75
Dortmund	4,70	8,53	8,40	8,76
Bonn	7,13	11,15	10,96	11,21
Preußen überhaupt	4,97	8,61	8,51	8,79
Sachsen	7,13	12,56	10,58	11,07
Bayern	8,60	11,30	10,85	10,96
Saß-Lothringen	7,72	10,66	10,61	10,77
Deutsches Reich	5,19	8,24	8,66	8,93
Ver. St. von Nordamerika	6,64	5,27	5,62	5,73
Großbritannien	5,19	10,86	7,09	—
Oesterreich	5,22	7,39	6,75	7,45
Frankreich	9,50	12,11	10,47	—
Belgien	7,18	14,10	10,24	—

Sowohl in Preußen wie im ganzen Deutschen Reich hatten 1906 die Tonnenwerte den Stand von 1905 überholt. Das war insbesondere der Fall in den ausschlaggebenden preussischen Kohlenbezirken an der Saar, an der Ruhr und in Schlesien. Seit 1885 beträgt die Wertzunahme rund 80 Proz. Weber absolut noch relativ trat in unserm Hauptkonkurrenzland Großbritannien eine so anhaltend starke Steigerung ein. In Nordamerika ist sogar eine Verbilligung der Kohlen zu konstatieren. Bemerkenswert ist, daß in Preußen und Deutschland der Tonnenwert 1905 sich fast auf der Höhe von 1900 hielt, während in Großbritannien, Belgien und Frankreich eine bedeutende Abschwächung eintrat. Den ausnehmend straff organisierten Grubenbesitzern in Preußen-Deutschland ist es gelungen, selbst in wirtschaftlich ungünstigeren Jahren doch die Hochkonjunkturpreise wesentlich zu halten. Eine Berücksichtigung der in den Niedergangsjahren nach billigeren Brennstoffen verlangenden Weiterverarbeitungsindustrie haben die Kohlengrubenbesitzer in Deutschland nicht für nötig gehalten.

Darüber klagen die Kohlenkonsumenten der letzten Geschäftsjahre und heute wieder. Nach den Notierungen der für die Kohlenpreisgestaltung besonders wichtigen Essener Börse wurden durchschnittlich für die Tonne bezahlt in Mark:

	1885	1900	1906
Flammkohlen	5,85	10,00	10,27
Fettkohlen	5,63	10,25	10,27
Wagerkohlen	4,70	9,50	9,53
Gaskohlen	7,33	12,75	12,50

Welche Preise erzielt werden im direkten Verkauf, geht aus der neuesten Berechnungstabelle des Kohlenyndikats hervor. Gegen die Preispraxis dieser übermächtigen Grubenorganisation richten sich die meisten Beschwerden der Konsumenten. Das Syndikat bestimmt nämlich schon im November, welche Preise für die nächsten 1½ Jahre zu zahlen sind, ohne Rücksicht auf etwaige Konjunkturveränderungen. Pro Tonne (je nach Sorte) verlangt das Syndikat für

	1906/1907	1907/1908
Fettkohlen	9,00—12,50 M.	10,00—13,50 M.
Flammkohlen	8,50—12,50 „	10,00—13,50 „
Gaskohlen	7,50—15,50 „	8,50—16,50 „
Wagerkohlen	5,00—22,50 „	6,00—23,50 „

Wie zum 31. März 1908 sind also die Syndikatspreise noch um 1 Mark pro Tonne höher gestellt wie im Jahre vorher, obgleich ohne Zweifel die Konjunktur sich weiter verschlechtert wird. Darin liegt eine so grobe Rücksichtslosigkeit gegenüber der Allgemeinheit, daß man die anwachsende Opposition gegen die Syndikalisten sehr begreiflich finden muß.

## Der Sammlungsberichte.

Braunschweig. Am 2. November fand hier eine öffentliche Malerverammlung statt, in der Kollege Buch-Jamburg über „Die Tarifbewegung und die Stellungnahme unserer Arbeitgeber hierzu auf dem Malertag in Hannover“ referierte. Kollege Buch gab einen Überblick über die Tarifbewegung in unserm Beruf und streifte hierbei die Bestrebungen der Sonderorganisationen, die infolge ihrer geringen Zahl nicht im geringsten das bieten könnten, was unsere durch Kampf erprobte Organisation erringen habe und noch erringen werde. Er betonte, daß ein großer Teil der Arbeitgeber unseres Berufes, die noch vor einigen Jahren den Standpunkt vertraten, auf keinen Fall einen Tarifvertrag durchzuführen, gewisheitlich durch ihre Erfahrungen, ihren Sinn sehr schnell geändert hätten und jetzt eifrige Anhänger eines „Generaltarifs“ für ganz Deutschland“ wären. Da hinaus ließen ja die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände des Malergewerbes, wie sie auf dem Malertag in Hannover zum Ausdruck gekommen sind. Er führte weiter aus, daß wir keine Ursache hätten, diese Bestrebungen zu fürchten, wohl aber müßten wir dieselben beachten und unser Augenmerk auf den weiteren Ausbau unserer Organisation richten. Des ferneren ermahnte er die Kollegen, hierbei allein mit zu sorgen und nicht zu denken, die Verwaltung könne alles allein tun. Um die Organisation zu festigen, bedürfte es der Mitarbeit jedes einzelnen und jeder Kollege müsse mit die Hand ans Werk legen, um die uns bis jetzt noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Man dürfe nicht sagen, diesen oder jenen wollen wir nicht, man müsse bedenken, daß die Verhältnisse mitsprechen und daß eben jeder Arbeiter herangezogen werden müsse. Der Bei-

fall, welcher dem Referenten am Schlusse seiner Ausführungen geollt wurde, zeigte, daß die Anwesenden den Sinn der Ausführungen erfasst hatten und läßt hoffen, daß auch jetzt hier im Sinne des Referats gearbeitet wird. In der auf den Vortrag folgenden Debatte kam ein Kollege auf die gelben Gewerkschaften zu sprechen, indem er diese Streikbrecherorganisation in das rechte Licht stellte. Ein ausweisendes Mitglied der Gelben, ein Herr Staßen, seitens Reichens Malergehilfe bei der Firma G. Luther, glaubte nun, dagegen protestieren zu sollen, daß die Gelben Streikbrecherorganisationen seien. Er erklärte, Mitglied des deutsch-vaterländischen Arbeitervereins zu sein und sei aus dem Grunde, weil er wegen seiner politischen Gesinnung (Welse) verpöndet worden wäre, kein Mitglied unferes Verbandes. Er habe noch nicht bemerkt, daß der Verein, dem er angehöre, sich als Streikbrecherverein entwickeln würde; so wie dieses aber der Fall wäre, würde er austreten. Von verschiedenen Rednern, insbesondere vom Stell. Buch wurde diesem Kollegen auf das Unzutreffliche seiner Ausführungen eingehend erwidert. In der inzwischen eröffneten Mitgliederversammlung, die öffentliche mußte der Polizeistunde wegen (11 Uhr) geschlossen werden, nahm die Debatte ihren Fortgang. Es wurde von einigen Rednern empfohlen, schon jetzt bei der Annahme anzutreten, ob sie zu Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages bereit sei und könne man diesen Schritt schon deshalb unternehmen, weil doch die Malermeister sich auf den Boden des Tarifvertrages gestellt hätten. Andere Redner waren der Ansicht, daß der Zeitpunkt nicht der richtige sei und nachdem Stell. Buch empfohlen, mit diesem Schritt zu warten, bis die hiesigen Malermeister sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen hätten, was ja doch über kurz oder lang kommen würde, wurde ein hiesbezüglicher Antrag gegen eine grobe Minorität abgelehnt. Der Verlauf der beiden Versammlungen zeigte, daß die Braunschweiger Kollegen ernsthaft daran gehen wollen, auch hier bessere Zustände zu schaffen und dürste das Referat seinen Zweck nicht verfehlt haben.

## Gerichtliches.

Müssen Akkordarbeiten festgesetzt werden, wenn eine Kündigung gegenseitig ausgeschlossen ist. Nach einem Urteil des Gewerbegerichts Charlottenburg vom 15. 8. 07 sind Akkordarbeiter hierzu nicht verpflichtet, die Abrede erachtet das Gericht als ungültig. In dem dem Gewerbegericht vorliegenden Fall war ein Arbeiter gegen Akkordlohn beschäftigt. Es war schriftlich vereinbart worden: „Kündigung findet gegenseitig nicht statt; jedoch sind die Akkordarbeiter verpflichtet, den angefangenen Akkord fertig zu stellen.“ Der Arbeiter blieb weg und hatte aus einem vorher beendeten Akkord einen Restlohn von 27,60 Mark zu beanspruchen. Er hatte inzwischen eine neue Arbeit angefangen, aber nicht beendet. Der Arbeitgeber verweigerte die Zahlung wegen einer ihm zustehenden Schadenersatzforderung. Das Gewerbegericht verwarf diesen Einwand. Der Verabredung, daß Akkordarbeiten fertiggemacht werden müssen, will es Rechtsmäßigkeit nicht zuerkennen. Nach § 122 der Gewerbeordnung könne eine andere Auffassungsart als die gegenseitige nur unter der Bedingung vereinbart werden, daß die Vereinbarung für beide Teile gleich ist. Durch jene Verabredung, irate eine Änderung des Kündigungsverhältnisses einseitig zugunsten des Vorklagten an. Der Verpflichtung zur Fertigstellung angefangener Akkordarbeit entspreche keineswegs auch eine Berechtigung des Akkordarbeiters, bei Widerspruch des Arbeitgebers erst den angefangenen Akkord zu Ende zu führen. Es mangle also an der notwendigen Gegenseitigkeit. Der entgegenstehenden Ansicht des Berliner Gewerbegerichts tritt das Charlottenburger Gericht ausdrücklich entgegen. In Berlin war man bei einem ähnlichen Falle der Meinung, daß bei dieser Fassung der Bestimmung Gegenseitigkeit zu verneinen und auch das Recht des Arbeiters zur Beendigung des Akkordes anzuerkennen sei.

## Technisches.

Der Verband der Maler- und Lärnermeister Süddeutschlands, München, Schellingstr. 109 I., hat innerhalb seines Wirkungskreises Materialien-Prüfungs-Kommissionen in Mannheim, München und Stuttgart errichtet. In diesen Prüfungs-Kommissionen wirken praktisch erprobte Fachleute, sowie Chemiker, und haben es sich dieselben zur Aufgabe gemacht, Farben, Lacke, Bindemittel usw. einer praktischen Prüfung zu unterziehen, indem sie mit diesen Materialien hergestellte Arbeiten längere Zeit, mindestens 1 Jahr, beobachten, um dadurch die Eigenschaften und den Wert der in Frage stehenden Materialien genau feststellen zu können.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß den Gutachten einzelner, ganz gleich, ob diese von Malern, Architekten, Professoren oder Behörden stammen, wenig Wert beigelegt werden kann, da die Veruchzeit oft viel zu kurz und die angestellten Veruche unzureichend sind, und von Einzelnen auch nicht rationell genug durchgeführt werden können. Es ist auch nicht ratsam, wie es schon oft der Fall war, unmittelbar nach der Verarbeitung eines Materials schon ein Gutachten abzugeben, da der Nachteil eines Materials fast immer erst nach einiger Zeit, oder bei wiederholten Veruchen zu Tage tritt. Zu einer gewissenhaften Prüfung und Begutachtung dürfte sicher eine Kommission, welche aus Fachleuten aller Parteien des Maler- und Lackierergewerbes besteht, die geeignetste Stelle sein.

Um nun diese Bestrebungen zur Durchführung bringen zu können, bedürfen diese Kommissionen der Unterstützung aller in Frage kommenden Interessenten und zwar in der Weise, daß über alle in der Praxis weniger oder gar nicht bekannten Materialien vor einer Verarbeitung das Gutachten dieser Materialien-Prüfungs-Kommissionen eingeholt wird. Denn nur dadurch wird es ermöglicht werden, wirklich reellen und brauchbaren Materialien in der Praxis eine Verbreitung zu verschaffen, sowie ungeeignete Materialien vom Markt fernzuhalten, und dadurch die Behörden, Professoren, Architekten, und Baumeister, wie auch die Maler und Lackierer selbst vor materiellen Schädigungen und anderen vielfachen Unannehmlichkeiten zu schützen.

Zur unentgeltlichen Auskunftserteilung sind jederzeit gerne bereit: Die Zentralstelle der Materialien-Prüfungs-Kommissionen des Süddeutschen Maler- und Lärnermeister-Verbandes, S. N. S. 1. Hof-, München, Steinstr. 69/1. Die Materialien-Prüfungs-Kommission Stuttgart, Reimb. Mägele, 1. Hof-, Stuttgart, Kaiserstr. 46.

Die Materialien-Prüfungs-Kommission Mannheim, Leonhard. Dregler, 1. Hof-, Mannheim, Rosengartenstr. 18.

## Dom Ausland.

Oesterreich. Bezug ist fernzuhalten nach: Abbazia und Woloska. Gesperret sind: In Reichenberg die Werkstätten Willy Steil und Gebrüder Pech, in Karlsbad die Firma Bauer. Bosnien. In Sarajewo wurden die Zimmermaler und Anstreichergehilfen ausgesperrt. Ungarn. Bezug ist fernzuhalten nach: Miskolc, Arad, Gyula, Komarom, Lugos, Szatmar, Szolnok und Kolozsvar. Schweiz. Gesperret sind für Lackierer die Wagenfabriken von C. u. N. Weisberger und Gebr. Meier in Zürich.

Zum gesetzlichen Weisheitsverbot in Frankreich. Bekanntlich ist von den beiden Kammern in Frankreich das gesetzliche Weisheitsverbot längst anerkannt worden. Da aber im Senat die guten Freunde der Weisheitsfabrikanten alles daran setzten, wenigstens eine anfängliche Schadensabfindung für diese herauszuschlagen, ging das Gesetz wieder an die Deputiertenkammer zurück. Die Kammer, die sich aber schon früher gegen jegliche Entschädigung ausgesprochen hatte, hat von neuem die Gesetzesvorlage ohne die Entschädigungsklausel an den Senat überwiesen.

Belgien. Der belgische Gewerkschaftskongress wird von der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei für den 25. und 26. Dezember dieses Jahres nach Brüssel-Molenbeck einberufen. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Jahresberichte des Sekretärs und des Kassierers der Gewerkschaftskommission sowie der Kontrollkommission. 2. Der Solidaritätsfonds für Streiks und Ausperrungen und die nationale Organisation des Widerstandes. Referenten: C. Wählmann, Sekretär des Antwerpener sozialistischen Gewerkschaftsartells und ein noch nicht bestimmter Referent der vom vorigen Jahreskongress zur Prüfung dieses Punktes eingesetzten Kommission. 3. Die gewerbliche Arbeit in den Gefängnissen. Referent: Wijnants von der sozialistischen Holzarbeitergewerkschaft zu Mecheln. 4. Die Ausführung der Beschlüsse der internationalen Konferenz von Christiania.

## Fachliteratur.

Malerkalender 1908. Herausgegeben vom Vorlande des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lärner und Weißbinder Deutschlands. Zum 7. Male ist unser Verbandskalender erschienen. Im neuen Gewande (die Zeichnung ist vom Kollegen W. Wendel-Berlin entworfen), bietet er unsern Mitgliedern wiederum reichhaltiges Material aus dem Verbandsleben, der deutschen Gewerkschaftsbewegung usw., sodas er jedem Kollegen nur bestens empfohlen werden kann. Welch steigender Beliebtheit sich der Kalender erfreut, geht daraus hervor, daß innerhalb weniger Wochen die Auflage vergriffen war und eine Neuauflage hergestellt werden mußte. Nur Mitglieder können zum Preis von 60 S den Kalender durch ihre Filiale oder Poststelle beziehen.

Praktische Anweisung zur Delmalerei in ihren verschiedenen Arten für Ausfühler und Dilettanten. 4. vermehrte Auflage. Von Emu Gordon, geb. Freim v. Beulwitz. Verlag von G. Haberland in Leipzig-St. Eisenburgerstr. 10—11. Preis brosch. 1,50 M. Das Buch, das Anfänger in die Kunst der Delmalerei einführen und in derselben zu fördern sucht, ist für die Kreise, für die es auch in erster Linie bestimmt ist, ein recht brauchbares. Die Anweisungen sind klar und übersichtlich gehalten und beruhen auf praktischer Erfahrung.

## Literarisches.

Referenten-Führer. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit nötigen Wissens und Könnens. Von Eduard David. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,50 M. In Freien Stunden. Illustrierte Romanbibliothek für das Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis der wöchentlich erscheinenden Hefte a 10 S — 12 Heller — 15 Ctm. Wir empfehlen diese Hefte allen Freunden guter Unterhaltungsbibliothek zum Abonnement.

Kalender des Zentralverbandes der Maurer 1908. 4. Jahrgang. Preis 50 S. Verlag von Th. Bümelburg, Hamburg.

Sieben erschien: Alkohol und Rind. Von Dr. med. A. Solitscher (Birkenhammer). 1. bis 10. Tausend. 32 Seiten 8°. Preis 10 S. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Johannis Michaelis, Berlin O. 17, Lange Straße 11.

Das Thema der Broschüre ist ohne Zweifel eines derjenigen, bei welchem mit der Bekämpfung des Alkohols am besten eingeseht werden kann.

Sieben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, der Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1908. Dieser in den Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine Reihe äußerst nützlichen, ja geradezu unentbehrlichen Materialien für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Der Preis des gebundenen Kalenders beträgt 60 S. Erhältlich ist derselbe in allen Partei-Buchhandlungen, sowie bei allen Kolporturen.

Zur Frage der Einheits-Organisation im Zimmergewerbe. Im Einverständnis mit dem Ausschus der Vereinigung der Zimmerer u. v. B. herausgegeben von Theodor Fischer-Berlin.

Bericht des Gewerkschaftsartells und der Bauarbeiterchutzkommission Königsberg i. Pr. für das Jahr 1906.

Protokoll des 3. Verbandstages der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Abgehalten vom 5.—9. August 1907 zu Gera.

Ein offenes Wort zur Abstinenzbewegung. Vortrag von Eugen der Heyden in Geln, gehalten auf dem dritten Verbandstage der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Druck und Verlag Gustav Wigel, Berlin N. 54, Preis 25 S.

Deutscher Buchbinderverband. Protokoll der Verhandlungen des 10. Verbandstages, abgehalten in Nürnberg vom 24. bis 29. Juni 1907 nebst Anhang: Protokoll der 1. internationalen Konferenz der Buchbinderverbände.